

Kommunalwahlprogramm 2025

Entwurf

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| 1. Präambel | 2 |
| 2. Soziales und Gesundheit..... | 2 |
| 3. Wohnen | 7 |
| 4. Öffentliches Eigentum..... | 9 |
| 5. Verkehr | 13 |
| 6. Klima- und Umweltschutz | 15 |
| 7. Stadtentwicklung | 20 |
| 8. Kommunale Demokratie | 24 |
| 9. Intersektionale und Geschlechtergerechtigkeit | 25 |
| 10. Arbeit und Wirtschaft | 27 |
| 11. Flucht und Migration | 29 |
| 12. Bildung | 30 |
| 13. Kultur | 34 |
| 14. Sport..... | 37 |
| 15. Finanzen..... | 38 |

Hinweise: Bei Änderungsanträgen bitte die genauen Zeilennummern benennen, an welcher Stelle etwas hinzugefügt oder entfallen soll.

Es erfolgt nach Beschluss eine redaktionelle Bearbeitung, d.h. Formatierungsfehler etc. werden dann noch behoben und müssen nicht beantragt werden.

1. Präambel

Wird noch erstellt.

2. Soziales und Gesundheit

Bonn soll eine Stadt sein, in der alle Einwohner*innen gut leben können. Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns: allen Menschen ist es möglich, an allen gesellschaftlichen, kulturellen, sportlichen und politischen Angeboten ihrer Kommune teilzuhaben oder sie selbst zu organisieren. Die Linke wirkt bildungsbedingten und materiellen Ungleichheiten entgegen. Kommunale Sozial- und Gesundheitspolitik soll einen selbstbestimmten Alltag unterstützen. Wir treten deshalb nicht nur für den Erhalt, sondern für den Ausbau sozialer Leistungen, kommunaler Angebote und eine verstärkte Förderung von sozialen Initiativen und Trägern der Wohlfahrtspflege ein. Ihre Arbeit – ebenso wie die Arbeitsplätze ihrer Mitarbeiter*innen – muss durch bindende Förderverträge auf eine verlässliche und von der Haushaltsentwicklung unabhängige Rechtsgrundlage gestellt werden. Dabei soll die städtische Förderung der Preisentwicklung Rechnung tragen. Gerade in ärmeren Stadtvierteln müssen Präsenz, Aktivitäten und Angebote sozialer Einrichtungen intensiviert werden. Dabei erstreckt sich unser Verständnis von Sozialarbeit auch auf den Gesundheitsbereich.

Die Linke wird weiter für eine angemessene Finanzausstattung der Aids-Prävention, des Anonymen Krankenscheins und der Suchthilfen (Substitution und Diamorphin) eintreten und hier Kürzungsversuche ablehnen.

Die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich zeigt sich insbesondere auf Kommunal-ebene. In ärmeren Bonner Stadtvierteln kommt es verstärkt zur Ausgrenzung von Menschen, es ist eine besorgniserregende Kinderarmut und ansteigende Altersarmut zu verzeichnen. Mehr als 50.000 Menschen leben in Bonn in Armut – nach offiziellen Zahlen. Noch sehr viel mehr Menschen müssen sich genau überlegen, wie sie mit ihrem Geld über die Runden kommen und ob sie sich ihre Wohnung, die nächste Stromrechnung, Theater- und Kinokarten oder einfach das Ausgehen überhaupt leisten können. Die prekäre Lage vieler Alleinerziehender, Geringverdiener*innen, Leistungsbezieher*innen und Rentner*innen zeigt sich auch an der zunehmenden Zahl von Menschen, die z.B. die Schuldnerberatungsstellen aufsuchen oder die Tafeln nutzen, um sich und/oder ihre Familie ernähren zu können. Einiges ist hier auf Bundesebene zu tun: beispielsweise die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns von 15 EUR oder die Erhöhung des SGB II-Regelsatzes („Bürgergeld“) auf 813 EUR.

In unserer Stadt leben annähernd 20.000 Kinder, bei denen das elterliche Einkommen unter der Armutsgrenze liegt. Diese materielle Kinderarmut zu bekämpfen, ist ein vorrangiges Ziel. Zugleich müssen für diese Kinder die Bildungschancen deutlich verbessert werden. Die Kinderbetreuung muss weiter ausgebaut werden, vor allem im Bereich der unter Dreijährigen – auch durch mehr städtische Kitas und Erzieher*innen.

Der Bonn-Ausweis ist das wirksamste Instrument für Teilhabe in unserer Stadt. Finanziell bedingte Benachteiligungen werden durch Ermäßigungen bei städtischen Angeboten aufgefangen. Die Linke hat in der Ratsperiode 2020-2025 den Bonn-Ausweis zu einem echten Beteiligungspass weiterentwickelt. Der Ausweis erreicht durch Anhebung der Einkommensgrenze, automatischen Versand bei Bezug von Leistungen des Jobcenters, der aktiven Bewerbung durch die Stadt und der verlängerten Gültigkeit etwa 10.000 Menschen mehr als zuvor.

Wir setzen uns für den Erhalt und weiteren Leistungsausbau des Bonn-Ausweises ein:

- 47 • Weiterführung des stadtweit geltenden Monatssozialtickets für 19 EUR
48 Inhaber*innen des Bonn-Ausweise sowie der kostengünstigen Kindertickets
- 49 • Aufrechterhaltung des vergünstigten Schüler*innentickets für 19 EUR im Monat
- 50 • Kostenfreiheit für gebührenpflichtige Leistungen der städtischen Verwaltung und
51 mindestens 50%-Reduktion der Preise bei allen städtischen Einrichtungen
52 (Bäder, Volkshochschule, Theater oder Museen)
- 53 • Anerkennung des Bonn-Ausweises bei allen städtisch geförderten Freizeit-,
54 Bildungs-, Kultur- und Sporteinrichtungen oder Vereinen mit mindestens 50 %iger
55 Preisreduktion bei weitgehender Erstattung von Einnahmeausfällen
- 56 • Einführung eines Stromsozialtarifs auf Basis von Ökostrom bei den Stadtwerken
57 Bonn
- 58 • Ausbau der Vergünstigungen bei städtischen Förderungen wie schon bei Solar-
59 Balkonkraftwerken oder wie bei der anteiligen Erstattung der Kosten von
60 Anwohnerparkausweisen

61 **Energie muss bezahlbar bleiben – Sozialtarif für Strom**

62 Die Nebenkosten einer Wohnung werden für viele zu einer immer stärkeren Belastung,
63 speziell Strom und Heizkosten sind immens gestiegen. Die Abkehr von Atomkraft und
64 Kohle ist richtig, doch Energie muss für alle bezahlbar sein. Gerade Geringverdie-
65 ner*innen und Leistungsbezieher*innen müssen durch einen kommunalen Sozialtarif bei
66 den Stadtwerken entlastet werden: Energieberatung oder „smarte“ Stromzähler, die die
67 Stadt umsonst anbietet, sind alleine keine strukturelle Lösung.

68 Darüber hinaus wollen wir die Praxis der Stromsperrungen durch die Stadtwerke been-
69 den. Es darf nicht sein, dass Menschen, die ihre Rechnung aus Geldmangel vorüberge-
70 hend nicht zahlen können, bereits nach kurzer Zeit der Strom abgestellt wird. Eine Woh-
71 nung ohne Strom oder gar Heizung ist unbewohnbar.

72 Wir setzen uns auf Bundesebene für eine bedarfsorientierte und sanktionslose Grundsich-
73 erung ein. Vor Ort beginnt ein solcher Politikwechsel bei einer transparenten Neuor-
74 ganisation des Jobcenters und der Arbeitsagenturen. Es muss Schluss sein mit Behör-
75 denstrukturen und Jobcentern, die die Menschen mit ihren Problemen weitgehend allei-
76 ne lassen oder gar drangsalieren. Zu den Aufgaben des Stadtrats als demokratisch legi-
77 timiertes Gremium gehört es, wirkliche Kontrollfunktionen gegenüber dem Jobcenter
78 auszuüben.

79 Wir fordern:

- 80 • Menschenwürdige Behandlung der Leistungsberechtigten und eine
81 bedarfsorientierte Arbeitsweise im Jobcenter. Dazu gehören längere
82 Öffnungszeiten und eine bessere telefonische Erreichbarkeit.
- 83 • Angemessene fachliche und psychosoziale Qualifikation der Mitarbeiter*innen
- 84 • Ende des Auskundschaftens der Wohnverhältnisse und Lebensbedingungen von
85 SGB-II-Empfänger*innen
- 86 • Beendigung jeglicher Sanktionen und Schikanen gegenüber den
87 Leistungsempfänger*innen
- 88 • Unterstützung von Sozialberatungsstellen, die Leistungsberechtigte unabhängig
89 beraten können

- 90 • Der Schlüssel für die Kosten der Unterkunft (KdU), inklusive der Nebenkosten,
91 muss auf ein dem Bonner Wohnungsmarkt entsprechendes Niveau angehoben
92 werden. Anstatt einer starren Obergrenze müssen flexible Modelle und
93 Einzelfallprüfung insbesondere bei Menschen mit Kindern, älteren und kranken
94 Menschen umgesetzt werden.

95

96 **Gesundheitliche Versorgung**

97 Der Zugang zu medizinischen Leistungen muss für alle Menschen in Bonn gewährleistet
98 sein – unabhängig davon, welchen Pass sie haben, welchen Aufenthaltsstatus, ob sie
99 ihre Beiträge zur Krankenversicherung regelmäßig zahlen konnten oder ob sie von
100 Obdachlosigkeit betroffen sind. Für diese Menschen ist der Gang in die ärztliche Praxis
101 keine Selbstverständlichkeit, denn sie fallen durchs Raster der Versicherungen. Bund
102 und Land ignorieren weitgehend ihre Verantwortung, der Verein Anonymer
103 Krankenschein Bonn tut das nicht. Seine Mitarbeiter*innen beraten Hilfesuchende, klären
104 den Versicherungsanspruch und kümmern sich darum, dass Betroffene notwendige
105 medizinische Behandlungen erhalten. Die Linke setzt sich auch in Zukunft für eine
106 dauerhafte und auskömmliche Finanzierung des Vereins durch die Stadt ein.

107 **Reproduktive Gesundheit** betrifft nicht nur, aber vor allem Frauen*. Es ist ein Erfolg,
108 dass es in Bonn nun eine Hebammen-Ambulanz gibt, die die Versorgungslücke bei der
109 Begleitung von Schwangeren verkleinert. Dieses Projekt soll weiterhin unterstützt
110 werden.

111 Ein bedarfsgerechtes Angebot muss es auch für diejenigen geben, die ihre Schwanger-
112 schaft nicht fortsetzen wollen. Die Kriminalisierung des Abbruchs durch den Paragraphen
113 218, mangelnde Ausbildung im Studium und diffamierende Kampagnen durch
114 selbsternannte Lebensschützer und andere reaktionäre Kräfte haben dazu geführt, dass
115 immer weniger Praxen und Krankenhäuser einen medikamentösen oder operativen
116 Schwangerschaftsabbruch durchführen. Auch in Bonn ist die Versorgungslage gefährdet.
117 Um den zeit- und wohnortnahen Zugang für Frauen* zu sichern, muss die Stadt aktiv
118 werden. Das Gesundheitsamt kann hierbei eine unterstützende Rolle spielen und dazu
119 beitragen, Hindernisse für eine bessere Versorgung zu reduzieren und Ärzt*innen in
120 ihrem Aufwand zu entlasten. Wir haben und werden uns dafür stark machen, dass die
121 kommunalen Möglichkeiten genutzt werden.

122 **Solidarische Gesundheitszentren**

123 Im aktuellen Gesundheitssystem sorgen verschiedene Faktoren dafür, dass Menschen
124 unterschiedliche Zugänge zu medizinischer Versorgung haben: Der Versicherungs-
125 status, der Wohnort, aber auch eigene Ressourcen wie bspw. die Deutschkenntnisse
126 spielen eine ausschlaggebende Rolle für die Qualität der Behandlung. Zudem sorgt die
127 Strukturierung von medizinischen Praxen als Kleinunternehmen dafür, dass in der
128 Behandlung von Patient*innen falsche Anreize gesetzt werden und die Vorgehensweisen
129 auch an Profiten, statt ausschließlich am Wohl der Patient*innen orientiert sind.

130 Um diesen Umstand zu ändern, ist es notwendig die vorherrschende Ärzt*innen-
131 zentrierung im ambulanten Gesundheitssystem zu überdenken und stattdessen
132 multiprofessionell mit Patient*innen zu arbeiten. Aktuell ist das Gesundheitssystem
133 zudem für Patient*innen unüberschaubar und durch seine Komplexität schwer zugäng-
134 lich. Besonders für Menschen mit mehreren Krankheiten und/ oder nicht-deutsch-
135 sprachige Menschen stellt das eine besondere Hürde dar.

136 Die Etablierung solidarischer Stadtteilgesundheitszentren (SGZ), die nach dem Prinzip
137 der Gemeinnützigkeit statt Profitorientierung funktionieren, soll diesen aktuellen Mängeln
138 begegnen. Wie in bestehenden SGZ z.B. in Hamburg oder Berlin soll einerseits eine
139 Basis- bzw. Stadtteilorganisation, um die sozialen Determinanten von Gesundheit zu
140 verändern, und andererseits eine ganzheitliche und nachhaltig tragende
141 Gesundheitsversorgung der Menschen sichergestellt werden.

142 Wir fordern konkret:

- 143 • Fortführung der Finanzierung des Anonymen Krankenscheins bzw. der Unterstützung
144 des Vereins, Ausweitung um suchtttherapeutische Angebote
- 145 • Sicherung ausreichenden Möglichkeiten zum Schwangerschaftsabbruch auch durch
146 kommunal unterstützte Angebote
- 147 • Etablierung solidarischer Stadtteilgesundheitszentren (SGZ), zum Beispiel nach dem
148 Konzept des Gesundheitskollektivs Bonn

149 **Bonn inklusiv gestalten**

150 Es gibt keinen „Durchschnittsmenschen“, die gesellschaftliche Wirklichkeit ist anders und
151 vielfältiger. Rund 10 Prozent der Menschen leben mit anerkannten Behinderungen.
152 Durch vielfältige Barrieren im Alltag, in Verkehrsmitteln, Arbeitsstätten, Bildungseinrich-
153 tungen und Behörden werden sie in ihrem Recht auf Teilhabe und Selbstbestimmung
154 eingeschränkt. Es gilt, diese Hürden in baulichen, kommunikativen, rechtlichen und ad-
155 ministrativen Bereichen sowie Blockaden in den Köpfen zu überwinden. Wir wollen, dass
156 grundsätzlich jeder Mensch alle öffentlich zugänglichen Bereiche selbstständig nutzen
157 kann. Das Recht aller Menschen auf volle Teilhabe schließt inklusive Bildung, reguläre
158 Arbeit und selbstbestimmtes Wohnen in der Kommune ebenso ein wie Erholung, Kultur,
159 Freizeitaktivitäten, Reisen und Sport. Ziel ist für uns eine inklusive Gesellschaft, in der
160 jeder Mensch die Möglichkeit hat, sich gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Pro-
161 zessen zu beteiligen. Wir setzen uns für eine Inklusion ein, die diesen Namen verdient.

162 Wir fordern:

- 163 • die Erarbeitung eines Service Agreements mit dem Fachbereich
164 Schwerbehindertenrecht. Ausweise sollen innerhalb von drei Monaten nach
165 Beantragung und Eingang aller nötigen Unterlagen ausgestellt bzw. geändert
- 166 • Barrierefreiheit bei jeder Planung von Bauvorhaben vorzusehen. Vorhandene
167 Barrieren müssen systematisch erfasst und abgearbeitet werden
- 168 • Der ÖPNV muss durchgehend barrierefrei werden: Haltestellen müssen zügig
169 umgebaut werden und alle Fahrzeuge müssen ausreichend Freiraum im Inneren
170 bieten.
- 171 • Freihalten der Gehwege von wild abgestellten E-Scootern oder Leihfahrrädern
- 172 • Vollumfänglicher Erhalt der Leistungen im Rahmen der Eingliederungshilfen; sofern
173 der LVR diese nicht übernimmt, muss die Stadt diese als freiwillige Leistungen
174 finanzieren
- 175 • Erleichterung barrierefreier Kommunikation, insbesondere in öffentlichen
176 Einrichtungen: Nutzung und Förderung von Braille-Schrift bzw. Screenreadern, der
177 Gebärdensprache und der Leichten Sprache.
- 178 • Aktive Bewerbung und Unterstützung von Modellen der Persönlichen Assistenz durch
179 die Stadt. Schaffung niederschwelliger Zugänge zu Persönlicher Assistenz.
- 180 • Ausbau von barrierefreien Schutzräumen vor Gewalt für Frauen* und ihre Kinder

- 181 • Niederschwellige Zugänge zu Spielplätzen und Freizeitangeboten; Gestaltung des
182 Großteils der Freizeitangebote derart, dass Menschen mit Behinderungen sie (mit
183 Assistenz) nutzen können
- 184 • Austausch zwischen Kommune, interessierten Arbeitgeber*innen, den Werkstätten
185 für behinderte Menschen und dem Landschaftsverband Rheinland mit dem Ziel
186 reguläre Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse für Menschen mit Behinderungen zu
187 schaffen

188 **Jugendförderung**

189 Kinder und Jugendliche müssen zukünftig besser beteiligt werden. Für Die Linke ist die
190 direkte Beteiligung junger Menschen an den kommunalen Entscheidungsprozessen not-
191 wendig, um dauerhaft eine familienfreundliche Stadtentwicklung zu gewährleisten.

192 Wir unterstützen die Teilnahme am Programm „Kinderfreundliche Kommune“ und den
193 daraus folgenden Aktionsplan. Der eingerichtete Kinder- und Jugendbeirat sollte besser
194 in die Arbeit der Ratsgremien eingebunden werden.

195 Wir fordern:

- 196 • Jugendverbänden und -gruppen unkompliziert Hilfestellungen anzubieten, auch bei der
197 Beantragung von Fördermitteln
- 198 • die Förderung der ehrenamtlichen Jugendarbeit zu stärken. Begleiter*innen von Kinder-
199 und Jugendgruppen sollen beim Besuch städtischer Einrichtungen freien Eintritt erhalten
- 200 • queere Jugendliche in der Phase ihres Coming-Outs nicht allein zu lassen.
201 Aufklärungsprojekte in der Schule und Anlaufstellen für Jugendliche müssen von der
202 Stadt organisatorisch und finanziell unterstützt werden.

203 **Obdachlosigkeit überwinden**

204 In Bonn leben rund 3500 wohnungslose Menschen in (Sammel-)Unterkünften und 100
205 Menschen obdachlos auf der Straße. Diese Zahlen haben sich in 10 Jahren annähernd
206 verzehnfacht. Die Gründe dafür sind vielfältig: Flucht, Eigenbedarfskündigungen, Tren-
207 nungssituationen, Mietschulden u.v.m. Ohne gesicherte Wohnverhältnisse sind Men-
208 schen von gesellschaftlicher Teilhabe weitgehend ausgeschlossen. Wir unterstützen da-
209 her alle Einrichtungen und Initiativen, die sich für die Stabilisierung der Betroffenen ein-
210 setzen. Aber auch Hilfsangebote müssen ausgeweitet und an die Bedarfe angepasst
211 werden. Die Angebote der Stadt und karitativer Einrichtungen zielen zumeist auf die
212 kurzfristige Unterbringung und Versorgung und treffen häufig nicht den eigentlichen Be-
213 darf dieser Menschen.

214 Wir fordern konkret:

- 215 • Massiver Ausbau des Angebots von Sozialwohnungen
- 216 • Unterkünfte sollen zukünftig durchgehend Einzelzimmer anbieten
- 217 • Ausweitung der Notschlafstelle für Jugendliche auf 24/7
- 218 • Einrichtung einer Anlaufstelle und Ausweitung der Notunterbringung für wohnungslose
219 Frauen
- 220 • Unterbringungs- und Hilfsangebote für obdachlose Menschen mit Tieren
- 221 • Stärkung der gesundheitlichen Versorgung durch ambulante (zahn-) medizinische
222 Dienste in städtischen Unterkünften
- 223 • Förderung von Housing-First-Projekten

224

225 **Für ein geachtetes und selbstbestimmtes Leben im Alter**

226 Alter ist für uns ein Lebensabschnitt mit eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen, der nicht
227 auf die Pflege oder Kosten reduziert werden darf. An seiner Gestaltung müssen Seni-
228 or*innen entscheidend beteiligt sein. Ihre selbstbestimmte Lebensgestaltung darf nicht
229 durch Diskriminierung, Verarmung oder andere Barrieren behindert werden. Einer ge-
230 sellschaftlichen Ausgliederung von Senior*innen muss entgegengewirkt werden. Wir
231 brauchen kommunale Strukturen, die ein selbstbestimmtes Leben unterstützen und be-
232 gleiten.

233 Die Linke in Bonn setzt sich ein für:

- 234 • die Förderung von Wohnprojekten, in denen Alt und Jung zusammenwohnen
235 können (Mehrgenerationenhäuser)
- 236 • kommunal organisierte Hausbesuche für Senior*innen ab dem 75. Lebensjahr zur
237 Vermeidung von Vereinsamung und zur fundierten Einschätzung des
238 Versorgungsbedarfs
- 239 • den Erhalt oder die Schaffung von dezentralen Einkaufsmöglichkeiten in den
240 Stadtteilen, auch durch Genossenschaften oder Vereine
- 241 • den Ausbau von kultursensibler ambulanter und stationärer Hilfe und Pflege für
242 ältere Migrant*innen
- 243 • die Förderung der Palliativmedizin und Verbreiterung des Hospizangebotes
- 244 • Modernisierung, Neu- und Ausbau kommunaler Seniorenzentren

245

246

247 **3. Wohnen**

248 **Preiswertes und menschenwürdiges Wohnen ermöglichen**

249 In Bonn herrscht Wohnungsmangel und die Mieten und Wohnungspreise erreichen immer
250 neue Höhen. Jeder zweite Haushalt in Bonn muss 35 % oder mehr seines Haushaltsnetto-
251 einkommens für die Miete ausgeben. Damit sind diese Haushalte armutsgefährdet und ha-
252 ben einen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Der wachsenden Zahl von Wohn-
253 berechtigten stehen immer weniger preisgebundene Wohnungen gegenüber. Bis zum Jahr
254 2032 wird nur noch weniger als die Hälfte der ehemals vorhandenen 12.500 Wohnungen
255 preisgebunden sein, sofern die Preisbindung nicht verlängert wird. Gleichzeitig ist Bonn eine
256 wachsende Stadt. Das statistische Landesamt NRW prognostiziert auf den Erfahrungen der
257 letzten Jahre einen Bevölkerungszuwachs von ca. 30.000 Menschen bis zum Jahr 2050, die
258 auf den ohnehin erschöpften Wohnungsmarkt drängen werden.

259 Die zunehmende Kapitalisierung des Immobilienmarktes in Städten zeigt mittlerweile deut-
260 lich: Ohne Regulierung und ein erhebliches Angebot von öffentlichen, sozialen und genos-
261 senschaftlichen Wohnungen lässt sich das Recht auf menschenwürdiges Wohnen nicht ein-
262 lösen und die Verdrängung finanziell schwächerer Haushalte nicht stoppen. Wohnen ist
263 mehr als ein Dach über dem Kopf. Es ist Grundvoraussetzung für Bildungsgerechtigkeit und
264 soziale Teilhabe. Wir wollen, dass Bonn eine vielfältige und inklusive Stadt für alle Menschen
265 bleibt!

266 Um einen sozialen, öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungssektor aufzubauen,
267 müssen aktiv alle zur Verfügung stehenden Maßnahmen genutzt werden: der konsequente
268 Einsatz städtischen Vorkaufsrechts, der Ankauf von Wohnungsbeständen und Grundstü-

269 cken, die Rekommunalisierung und Vergesellschaftung von Beständen großer Immobilien-
270 konzerne, eine Grundstücksvergabe allein nach Konzept und nicht nach Preis. Im letzten
271 Jahr ist insbesondere durch unser Engagement in der Ratsmehrheit endlich eine Städtische
272 Entwicklungsgesellschaft (SEG) gegründet worden, die zukünftig einerseits städtische Flä-
273 chen für Wohnungsbau entwickeln, andererseits jedoch für diese Zwecke auch Grundstücke
274 ankaufen soll.

275 Unser Ziel ist, dass Wohnen keine Ware mehr ist. Zugleich ist entscheidend, welche Woh-
276 nungen für wen gebaut werden. Alle Erfahrungen zeigen: Neubau nach Marktkriterien und
277 Renditeerwartungen kann den Wohnungsmangel nicht beheben. Denn vom Wohnungsman-
278 gel sind in erster Linie Menschen mit keinem oder geringem Einkommen betroffen. Zuneh-
279 mend kommt der Druck auf dem Wohnungsmarkt aber auch bei jenen an, die ohne öffentli-
280 che finanzielle Unterstützung auskommen (müssen). Eine messbare Zunahme an Eigenbe-
281 darfskündigungen stellt Mieter*innen immer häufiger vor große Herausforderungen.

282 Mit der Ratskoalition konnten wir die Verschärfung des Bonner Baulandmodells erreichen,
283 welches bei der Schaffung neuer Bebauungspläne vorsieht, eine bestimmte Anzahl von So-
284 zialwohnungen (öffentlich geförderter Wohnungsbau) zu schaffen. Unsere Forderungen, eine
285 Quote von 40 % öffentlich gefördertem Wohnungsbau schon ab einem Bauvorhaben mit 8
286 Wohneinheiten und 50 % ab einer Größe von 20 Wohneinheiten zu errichten, haben wir
287 durchsetzen können. Leider führen lange Planungszeiten dazu, dass das Baulandmodell erst
288 nach einigen Jahren signifikante Wirkung erzielt.

289 Es bedarf daher einer neuen Schwerpunktsetzung auch in der Verwaltung: Wir befürworten
290 die Einrichtung einer Wohnungsbaukoordinierungsstelle, welche Bauvorhaben im preisge-
291 bundenen Segment beschleunigt zur Umsetzung verhilft. Neben der Planung neuer Bauvor-
292 haben ist auch die Umnutzung leerstehender Immobilien zu fördern. Der Rat hat im letzten
293 Jahr die Einrichtung eines Leerstandskatasters beschlossen. Hier soll eine systematische
294 Erfassung aller Leerstände von Wohn- und Gewerberaum erfolgen. Leerstand ist keine Opti-
295 on.

296 Angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu haben, ist für uns ein Grundrecht; aber
297 auch die Wohnverhältnisse müssen stimmen. Speziell große private Immobilienfirmen,
298 manchmal aber auch öffentliche Wohnungsanbieter, vernachlässigen ihren Wohnungs-
299 bestand zugunsten kurzfristiger Gewinnerwartungen. Wohnungen stehen dann leer oder
300 verfallen und die Mieter*innen leben in eigentlich unzumutbaren Wohnverhältnissen. Hier
301 muss die Stadt das ihr Mögliche tun, um die Eigentümer*innen unter Druck zu setzen
302 und den Mieter*innen beizustehen. Bei anhaltenden Missständen müssen rechtliche Mit-
303 tel wie etwa eine Vorkaufssatzung oder die Ausweisung eines Sanierungsgebiets An-
304 wendung finden, um den weiteren Verfall von Immobilien auch durch städtischen Ankauf
305 oder Enteignung aufzuhalten.

306 Sozialer Wohnungsbau kommt allen Mieter*innen zugute: Ein großes Angebot an sozialem
307 und öffentlichem Wohnraum ist die effektivste Möglichkeit, um starke Mietsteigerungen und
308 Höchstmieten zu begrenzen. Hier muss insbesondere die städtische Wohnungsbaugesell-
309 schaft (VEBOWAG) aktiv sein und in die Lage versetzt werden, Wohnungen zu errichten und
310 anzukaufen. Städtische Grundstücke müssen vorrangig ihr oder aber gemeinnützigen Ge-
311 nossenschaften angeboten werden.

312 Wir fordern konkret:

- 313 • Einführung einer Wohnungsbaukoordinierungsstelle für Bauvorhaben, die
314 preisgebundenen Wohnraum voranbringt – im Ziel 1000 Wohnungen pro Jahr

- 315 • Ein Wohnungsamt, welches den besonderen Herausforderungen des Wohnungsmarkts
316 gerecht wird.
- 317 • Beibehaltung der Quoten von 50 bzw. 40% für geförderten bzw. preisgebundenen
318 Wohnraum im Bonner Baulandmodell
- 319 • Förderung von gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften und solidarischen
320 Wohnprojekten
- 321 • Förderung von Betriebswohnungen
- 322 • Erfassung, Begrenzung und Regulierung von Boardinghäusern
- 323 • Die Bindung von Wohnungen im sozialen Wohnungsbau muss auf mindestens 40 Jahre
324 angehoben werden – in Kombination mit einem kommunalen
325 Wohnungsbauförderprogramm.
- 326 • Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch Kapitalzufuhr an die städtische
327 Wohnungsbaugesellschaft VEBOWAG statt Ausschüttungen und konsequente Abgabe
328 bzw. Übertragung von Grundstücken an VEBOWAG oder aber gemeinnützige
329 Genossenschaften.
- 330 • Ankauf von Wohnbauflächen und Wohnungsbeständen durch die Stadt, die
331 Stadtentwicklungsgesellschaft oder die VEBOWAG; konsequente Ausnutzung des
332 kommunalen Vorkaufsrechts zur Übernahme von Grundstücken, Wohnbeständen und
333 Erzwingung von anteilig preisgünstigem Mietwohnraum (siehe auch „Stadtentwicklung“).
- 334 • Abgabe städtischer Grundstücke zur Wohnbebauung nur nach Konzeptvergabe, bei
335 gemindertem Verkehrswert an die VEBOWAG oder an gemeinnützige
336 Genossenschaften.
- 337 • Verfolgung von missbräuchlichem Wohnungsleerstand durch konsequente Anwendung
338 der Zweckentfremdungssatzung, bei Abriss Ersatz durch Mietwohnungen, sowie
339 Erhöhung der Bußgelder.
- 340 • Nutzung des Instruments sozialer Erhaltungssatzungen („Milieuschutz“) zum Schutz vor
341 Mieter*innenverdrängung, insbesondere für die Bonner Alt- und erweiterte Nordstadt,
342 Kessenich und Eendenich, so wie vom Rat bereits beschlossen.
- 343 • Bei der Neuausweisung von Baugebieten oder großflächigen Bebauungsplanänderungen
344 sind vorrangig mehrgeschossige Mietwohngebäude vorzusehen. Nachverdichtung in
345 bereits bebautem Raum soll bevorzugt über Aufstockung erfolgen. Baugenehmigungen
346 können im Einzelfall in einem beschleunigten Verfahren erteilt werden.
- 347 • Förderprogramm für den barrierefreien Umbau bestehender Wohnungen.
- 348 • Anhebung der Sätze für die Kosten der Unterkunft auf ein Niveau, das tatsächlich die
349 Mietzahlungen auch innenstadtnaher Wohnungen deckt

350

351 **4. Öffentliches Eigentum**

352 **Wem gehört die Stadt?**

353 Auch auf kommunaler Ebene ist die Eigentumsfrage entscheidend für demokratische
354 Teilhabe und die Durchsetzung öffentlichen Interesses. Wir Linke meinen: Was alle
355 brauchen, muss auch allen gehören! Anderenfalls haben gewählte Stadträte und Ober-
356 bürgermeister*innen kaum etwas zu sagen. Schon heute stößt kommunale Selbstverwal-
357 tung als Ergebnis einer jahrelangen neoliberalen Privatisierungspolitik an Grenzen. In
358 Bonn wurden beispielsweise früher von fast allen anderen Parteien große Wohnungsbe-
359 stände privatisiert, was sich bis heute durch hohe Mieten und fehlende öffentliche Steu-

360 rungsmöglichkeiten auf dem Wohnungsmarkt bemerkbar macht. Wir lehnen Privatisie-
361 rungen strikt ab und auch sog. ÖPP-Projekte, die eine vermeintliche öffentlich-private
362 *Partnerschaft* nahelegen, im Kern aber der privaten Seite die Profite sichert und der öf-
363 fentlichen Hand Kosten und Risiken belässt. Partnerschaft mit privaten Investoren hat
364 sich gerade in Bonn in der Vergangenheit zu oft als Illusion erwiesen (siehe WCCB, Ur-
365 ban-Soul am Hbf etc.). Mit der Linken bestimmen nicht Investoren, was in Bonn ge-
366 schieht, sondern die gewählten Gremien und das öffentliche Interesse. Private Investo-
367 ren haben sich dem Gemeinwohl unterzuordnen!

368 Die Linke konnte in der letzten Wahlperiode bereits einen Paradigmenwechsel herbeifüh-
369 ren: Die Stadt verkauft Eigentum an Grund und Boden grundsätzlich nicht mehr. Statt-
370 dessen wird im Rahmen von Erbpacht allenfalls zeitlich befristet ein Nutzungsrecht ein-
371 geräumt, bei dem das Eigentum bei der Stadt verbleibt. Wir haben auch durchgesetzt,
372 dass die Stadt damit begonnen hat, Schlüsselgrundstücke, die in der Vergangenheit
373 (gegen unsere Stimmen) verkauft wurden, Heimfallansprüche durchzusetzen – die
374 Grundstücke also zum alten Verkaufspreis zurück erwirbt, wo das möglich ist. Auch da-
375 bei geht es um die Grundfrage: Wem gehört die Stadt? Die Linke steht ohne Wenn und
376 Aber dafür, das öffentliche Interesse an erste Stelle zu setzen. Die Zeit, in der sich die
377 Stadt Bonn von Privatinvestoren über den Tisch hat ziehen lassen, sind mit uns vorbei.
378 Wir stehen deshalb auch dafür, eine Ankauffensive für Entwicklungsgrundstücke und
379 eine aktive Bodenpolitik zu betreiben, die die Stadt für die Zukunft handlungsfähig macht.
380 Dazu gehört auch der Ausbau der kommunalen Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG),
381 die jüngst maßgeblich auf unseren Druck hin endlich gegründet wurde und die die Stadt
382 bei Entwicklungsvorhaben von privaten Investoren unabhängig machen soll.

383 Wir fordern konkret:

- 384 • Konsequenz: Kein Verkauf öffentlichen Grund und Bodens an Private oder Investoren!
- 385 • Erbpacht statt Verkauf und Ankauffensive von Grund und Boden
- 386 • Gemeinwohl vor Investorinteressen
- 387 • Mehr städtische Souveränität bei der Stadtentwicklung durch eine starke kommunale
388 Stadtentwicklungsgesellschaft.

389

390 **Gute Arbeit und eine handlungsfähige Stadtverwaltung**

391 Unser Anspruch einer handlungsfähigen öffentlichen Hand beginnt bei der Stadtverwal-
392 tung selbst. Diese muss personell ausreichend und auch qualitativ gut aufgestellt sein.
393 Die vergangene Wahlperiode war von einem deutlichen Personalaufbau der Kernverwal-
394 tung geprägt. Wir unterstützen mehr Stellen, wenn Arbeitsverdichtung und Überlastung
395 der Beschäftigten dies erfordern. Zugleich muss es auch der Anspruch der Öffentlichkeit
396 sein, dass Personalausbau zu spürbaren Verbesserungen in der Verwaltungsqualität
397 führt. Das war in der Vergangenheit nicht immer der Fall, weshalb wir immer neuen Per-
398 sonalausbauwünschen der Stadtverwaltung kritisch begegnen. Wir werden auch zukünf-
399 fig die Interessen der Beschäftigten vertreten und diese mit Ansprüchen an die Arbeit,
400 das Tempo und die Effizienz der Stadtverwaltung verbinden.

401 Prekäre Arbeit ist dabei aus unserer Sicht nie eine Option. Von Arbeit muss man leben
402 können, was gute tarifliche Absicherung und Bezahlung erfordert. Aus dem Grund haben
403 wir schon im Vorgriff auf ein Urteil des Bundessozialgerichtes begonnen, Honorarkräfte
404 bei der städtischen Musikschule in Vollzeitstellen umzuwandeln. Mittlerweile gibt es hier
405 gar keine Honorarkräfte mehr! Auch bei der Volkshochschule und in anderen relevanten

406 Bereichen wollen wir diesen Kurs der besseren Absicherung der Beschäftigten fortset-
407 zen.

408 Wir haben auch ein Modellprojekt zur Rekommunalisierung der Gebäudereinigung
409 durchgesetzt. Statt Beauftragung externer Dienstleister mit oft hohem Zeitdruck bei der
410 Arbeit in prekären Verhältnissen wird in mehreren Schulen und Kitas mittlerweile wieder
411 durch städtisches Personal im Rahmen guter Arbeitsverhältnissen nach dem TVöD für
412 Sauberkeit gesorgt. Die ersten Ergebnisse sind sehr positiv. Gute Arbeitsverhältnisse,
413 bessere Vergütung und mehr Zeit schafft mehr Sauberkeit! Das darf auch mehr kosten,
414 weshalb wir für eine Ausweitung der Rekommunalisierung der Gebäudereinigung einste-
415 hen.

416 Wir fordern konkret:

- 417 • Schluss mit Leih- und Zeitarbeit bei der Stadtverwaltung, den städtischen
418 Seniorenzentren und dem Theater
- 419 • Ausbau der für Schulen und Kitas schon eingeleiteten Rekommunalisierung der
420 Gebäudereinigung durch gut bezahltes und abgesichertes städtisches
421 Reinigungspersonal
- 422 • mehr städtische Ausbildungsplätze mit Übernahmegarantie
- 423 • Schaffung von Betriebswohnungen in Kooperation insbesondere mit der Vebowag
- 424 • Das städtische Gebäudemanagement (SGB) hat sich als unfähig erwiesen, den
425 Gebäudebestand der Stadt adäquat zu unterhalten und konkret auch den riesigen
426 Sanierungsstau abzubauen. Die Linke tritt dafür ein, das SGB auf den
427 Instandhaltungsaufwand für die normalen Bestandsgebäude zurückzuführen und dafür in
428 die Kernverwaltung zu reintegrieren. Für komplexere Bau- und Sanierungsvorhaben
429 muss die Stadt handlungsfähige neue Strukturen schaffen, wie (rein kommunale)
430 Eigengesellschaften, die für anspruchsvolle Vorhaben auch hochqualifiziertes Personal
431 mit Gehältern oberhalb des TVöD einstellen können. Bei der Gebäudeunterhaltung ist
432 nach jahrelanger Dysfunktionalität ein radikaler Neustart erforderlich, den wir angehen
433 werden.
- 434 • Zur Akquise von dringend benötigtem Fachpersonal (insbesondere im technischen
435 Bereich) sollen alle tarifvertraglichen Möglichkeiten wie Zulagen etc. genutzt werden.
436

437 **Kommunale Unternehmen**

438 Städtische Unternehmen und selbstständige Einrichtungen sind ein wesentliches Ele-
439 ment der Daseinsvorsorge. Sie müssen sich von privaten Unternehmen deutlich dadurch
440 unterscheiden, dass öffentlicher Auftrag und Gemeinwohlinteresse spürbar werden. Das
441 beginnt mit Transparenz der Spitzengehälter und der Unternehmenspolitik, die sich öf-
442 fentlich auch außerhalb der Gremien der Stadt rechtfertigen und an den Interessen der
443 Bonner*innen ausrichten muss. Die Gehälter von Vorständen und Geschäftsführungen
444 sind zudem nicht mit denen von Privaten zu vergleichen, sondern in öffentlichen Kontext
445 zu setzen und entsprechend abzuflachen. Bonusmodelle müssen aus Sicht der Linken
446 darauf ausgerichtet werden, besondere Ziele zu erreichen, wie etwa Nachhaltigkeitsziele
447 (Klimaneutralitätspfad) oder die Verbesserung der Unternehmensbilanz. Letzteres ver-
448 stehen wir nicht primär wirtschaftlich – bei der SWB Verkehrssparte sollten Boni etwa an
449 die Bilanz der Verspätungen oder Fahrtausfällen gekoppelt werden.

450 Wir fordern konkret für die Stadtwerke Bonn (SWB):

- 451 • Die Stadtwerke Bonn müssen sich als kommunales Unternehmen auf die Gewährleistung
452 eines bezahlbaren und zuverlässigen Nahverkehrs in einem erweiterten Netz sowie
453 ökologische und bezahlbare Energieversorgung konzentrieren.
- 454 • Die komplizierten Beteiligungsstrukturen der SWB müssen verschlankt und insbesondere
455 Geschäftsführungsaufwand eingespart werden.
- 456 • Wir wollen die Energiesparte der Stadtwerke (EnW) wieder vollständig in Bonner Hand
457 zurückführen, um Gewinnabfluss zu verhindern und mehr Möglichkeiten für die
458 Verkehrswende zu haben. Derzeit sind auch andere Kommunen an der EnW beteiligt
459 und erhalten Ausschüttungen.
- 460 • Private Beteiligungen und Fusionen lehnen wir ab. Regionalen Kooperationen auf
461 Augenhöhe, insbesondere mit anderen kommunalen Stadtwerken stehen wir
462 aufgeschlossen gegenüber.
- 463 Investitionen der SWB in klimaschädlichen konventionellen Kraftwerken (Kohle, Gas und
464 Dampf) lehnen wir ab und setzen uns für einen Ausstieg aus Beteiligungen der SWB an
465 solchen Kraftwerken ein. Darüber hinaus sollen die SWB die Eigenerzeugung
466 erneuerbarer Energien ausbauen.
- 467 • Als Ausdruck der sozialen Verantwortung fordern wir einen SWB-Strom-Sozialtarif mit
468 einem festen Grundkontingent (siehe hierzu auch unter Soziales).
- 469 • Die Müllverbrennungsanlage der SWB ist auf die Rolle eines bedarfsorientierten
470 Verwertungsbetriebes für die Region auszurichten.

471

472 Wir fordern konkret für die Sparkasse KölnBonn:

- 473 • Die Sparkasse KölnBonn muss die Politik des fortgesetzten Rückzuges aus der Fläche
474 beenden und langfristig ein dichtes Filial- und Automatenetz bewahren.
- 475 • Renditeinteressen dürfen bei dem kommunalen Institut nicht an erster Stelle stehen. Das
476 erfordert objektive Beratungen, insbesondere von Kleinkunden.
- 477 • Die Überziehungszinsen sind deutlich zu senken.
- 478 • Bei ihrer Unternehmenspolitik liegt der Grundauftrag der Sparkasse in der
479 Kreditversorgung der Bürger*innen und der regionalen Wirtschaft und nicht in der
480 Ausrichtung auf den internationalen Kapitalmarkt und spekulative Geschäfte.
- 481 • Das sehr hohe Vergütungsniveau des Vorstandes sollte zurückgeführt und auch weitere
482 weibliche Mitglieder des Vorstandes bestellt werden.

483 Wir fordern konkret für die Vebowag:

- 484 • Im Bereich der Wohnungspolitik ist die weit mehrheitlich städtische VEBOWAG zu
485 stärken. Das städtische Unternehmen ist finanziell so auszustatten, dass den
486 Herausforderungen für mehr bezahlbaren Wohnraum begegnet werden kann.
- 487 • Ausschüttungen an die Stadtkasse sollen nicht mehr stattfinden.
- 488 • Die Stadt muss der VEBOWAG geeignete Grundstücke zu vergünstigten Konditionen
489 zum Bau bezahlbarer Wohneinheiten zur Verfügung stellen.

490 Wir fordern konkret für die Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG):

- 491 • Nachdem es in der vergangenen Wahlperiode endlich zur Gründung der kommunalen
492 SEG gekommen ist, muss diese jetzt ausgebaut und mit Leben gefüllt werden.
- 493 • Die SEG ist ein Instrument, die Stadt und deren Entwicklung von der Abhängigkeit von
494 privaten Investoren zu befreien. Die SEG soll daher Projektentwicklung mit

495 Qualitätsanspruch gewährleisten und auch selbst Entwicklungsflächen offensiv ankaufen
496 und entwickeln.

497 • Die Linke steht für eine ambitionierte kommunale Stadtentwicklungsgesellschaft neben
498 der im städtischen Mehrheitseigentum stehenden VEBOWAG.

499

500

501 **5. Verkehr**

502 **Besser mobil in Bonn: Verkehrswende fortsetzen!**

503 Wir setzen uns ein für komfortabel nutzbare Gehwege, sichere Radwege und einen gu-
504 ten ausfinanzierten ÖPNV. Auch Menschen, die zu Fuß gehen, mit dem Fahrrad fahren
505 oder den ÖPNV nutzen, sollen schnell und sicher in Bonn unterwegs sein können. Dazu
506 muss der Anteil der umweltfreundlichen und platzsparenden Verkehrsmittel erhöht und
507 der Autoverkehr deutlich reduziert werden. Das erreichen wir, wenn der Weg mit dem
508 Bus oder dem Fahrrad kürzer und schneller ist als mit dem Auto.

509 Mit einer solchen Verkehrswende wurde in der vergangenen Ratsperiode mit Unterstüt-
510 zung der Linken begonnen: teilweise Herausnahme des Autoverkehrs aus der Innen-
511 stadt, mehr Tempo 30, Ausbau von Bus- und Radspuren sowie Fahrradstraßen, Park-
512 raumbewirtschaftung, günstigere Tickets für den ÖPNV (Sozial-, Schüler*innen- und Kli-
513 maticket). Diesen Weg der Verkehrswende wollen wir konsequent weitergehen!

514 Denn eine Stadt, die dem Autoverkehr zu viel Raum lässt, verzichtet auf Lebensqualität,
515 behindert die Mobilität anderer und ignoriert seine ökologischen und sozialen Folgen. Die
516 selbst gesetzten Klimaziele wird Bonn nur erreichen, wenn der Autoverkehr radikal redu-
517 ziert und gleichzeitig das alternative Mobilitätsangebot drastisch verbessert wird. Ver-
518 kehrsprobleme können durch den motorisierten Individualverkehr nicht gelöst werden,
519 auch nicht durch die vollständige Umstellung auf ebenfalls raum- und ressourcenfres-
520 sende Elektrofahrzeuge. Wer weiter breitere Straßen und neue Brücken oder Unterföh-
521 rungen für den Autoverkehr baut, wird neuen Verkehr erzeugen oder anziehen.

522 Der Autoverkehr soll schrittweise aus der Stadt verdrängt und alle Viertel müssen mit
523 einem leistungsfähigen, kontinuierlichen und komfortablen ÖPNV-Angebot (Öffentlicher
524 Personennahverkehr) versorgt werden, das den Verzicht aufs Auto leichtmacht. Dabei
525 muss eine gute öffentliche Verkehrsanbindung integraler Bestandteil schon bei jeder
526 Planung sein. Bus und Bahn müssen zuverlässig, oft und bequem fahren. Der so ge-
527 wonnene Platz kommt vielen zugute: Fußgänger*innen, Radfahrer*innen, Rollstuhlfah-
528 rer*innen, spielenden Kindern. Aus einem größeren Parkplatz kann ein Wohngebäude
529 oder eine Grünfläche werden, und manchmal ist auch der schönere Anblick ohne Blech-
530 reihen schon ein wirklicher Gewinn.

531 Wir wollen Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr, insbesondere den Ausbau von
532 Straßenbahnlinien, die Vernetzung und einen dichten Takt der Buslinien. Ziel ist der
533 nachhaltige Auf- und Ausbau eines integrierten und ökologisch zukunftsweisenden Ver-
534 kehrsnetzes, das auch gute Verbindungen in den Rhein-Sieg-Kreis bietet. Sofern räum-
535 lich möglich, sollten ausreichend bemessene P&R-Plätze (Park & Ride-Plätze/Parkplätze
536 in der Nähe von Haltestellen) den Umstieg insbesondere auf schienengebundenen
537 ÖPNV erleichtern.

538 Im Vergleich zum Deutschlandticket sind die Preise für Einzelfahrten viel zu hoch. Wir
539 wollen bezahlbare Tickets auch für Gelegenheitsfahrten. Das von uns vorangetriebene

540 Klima-Tagesticket, mit dem auch Gruppen und Familien günstig unterwegs sind, soll
541 dauerhaft beibehalten werden.

542 Bei der Förderung des Radverkehrs braucht es eine Priorisierung bei der Umsetzung.
543 Wichtig sind nicht nur Einzelmaßnahmen, sondern durchgängige Routen. Auch der beste
544 Radweg ist für Kinder nur dann nutzbar, wenn er nicht durch gefährliche Abschnitte un-
545 terbrochen wird. Herausragendes Symbol eines unsicheren Radwegs ist der Bertha-von-
546 Suttner-Platz, er muss schnellstens umgebaut werden, um sichere Wege für alle zu
547 schaffen. Die Ausweitung des Radwegenetzes, die Einrichtung von Pendler*innenrouten
548 ins Umland und innerstädtischen Umweltspuren bzw. geschützten Radwegen, der starke
549 Ausbau von Radabstellplätzen auch in Tiefgaragen, sinnvoll vernetzte und wirklich beru-
550 higte Fahrradstraßen, verbesserte Mitnahmemöglichkeiten im ÖPNV – all dies gilt es
551 zügig umzusetzen.

552 Wir fordern konkret:

- 553 • Den Ausbau eines komfortablen, leistungsfähigen und zuverlässigen ÖPNVs; niemand
554 soll auf den Hauptlinien außerhalb der Randzeiten länger als maximal sieben Minuten auf
555 Bus oder Bahn warten oder sich in ein überfülltes Fahrzeug hineinquetschen müssen.
556 Auf einzelnen Linien ist ein noch engerer Takt erforderlich. Ringlinien sollen
557 Verbindungen bieten, die nicht über das Zentrum führen und so die Fahrzeit verringern
558 und die Innenstadt entlasten.
- 559 • Innerstädtisch soll auf allen zweispurigen Straßen eine Umweltspur für Bus und
560 Radverkehr entstehen, sofern keine Busse dort verkehren ein geschützter Radweg. Für
561 den ÖPNV müssen an Ampeln tatsächlich Vorrangschaltungen gelten. Stockenstraße,
562 Rathausgasse, Maximilian-, Thomas-Mann- und der vordere Teil der Budapester Straße
563 sollen für den Autoverkehr gänzlich gesperrt werden (außer Tiefgaragen Zu-/Abfahrten) –
564 der „Cityring“ wurde bereits gekappt. Der Durchgangsverkehr in Fahrrad- und
565 Nebenstraßen soll reduziert werden. Hierzu können gegenläufige
566 Einbahnstraßenregelungen und Diagonalsperren eingesetzt werden, die für Fuß- und
567 Radverkehr weiterhin durchlässig sind.
- 568 • Investitionen zur Ausweitung des Straßenbahnnetzes: Wir wollen eine oberirdische
569 „Hardtberg-“ bzw. „Westbahn“, da sie die ÖPNV-Qualität für Poppelsdorf, Enderich und
570 Duisdorf deutlich verbessert und den Umstieg vom Auto fördert. Ebenso sollen die Linien
571 63 und 61 Richtung Buschdorf bzw. Friesdorf und Mehlem verlängert werden. Wir
572 unterstützen den Bau einer neuen Bahnverbindung von Bonn nach Niederkassel
573 Richtung Köln. Perspektivisch muss auch die Eisenbahnstrecke nach Köln ausgebaut
574 werden, um einen gut getakteten S-Bahn-Verkehr zu ermöglichen.
- 575 • Für einen zuverlässigen und ausgebauten ÖPNV über die Stadtwerke wird Personal
576 benötigt, dessen Arbeitsbedingungen und Bezahlung verbessert werden muss.
- 577 • Wir unterstützen den Radentscheid Bonn, der ein gutes Radwegenetz, komfortable und
578 sichere Radstellplätze im ganzen Stadtgebiet, effektive Kontrollen zur Freihaltung der
579 Geh- und Radwege und höhere Sicherheit für Rad- und Fußverkehr fordert. Besonders
580 der Umbau zu mehr sicheren Kreuzungen, die nicht nur auf möglichst ungehinderten
581 Autoverkehr optimiert sind, muss endlich angegangen werden.
- 582 • Der Venusberg und das Uniklinikum müssen durch den ÖPNV besser angebunden und
583 zugleich die Parkraumbewirtschaftung auf dem Venusberg intensiviert werden.
- 584 • Der Autoverkehr muss in Stufen aus der Innenstadt herausgehalten werden. Neben
585 Durchfahrtsbeschränkungen ist das innerstädtische Parkplatzangebot oberirdisch zu
586 verringern, zudem soll kein Neubau von Parkhäusern und Tiefgaragen erfolgen. In
587 längerer Frist ist auch die Zahl von Tiefgaragen zu reduzieren.

- 588 • Kein Neu- oder Ausbau von Straßen, die überwiegend dem Autoverkehr dienen; weder
589 innerstädtisch, noch insbesondere von Autobahnen wie der A 565, dem „Tausendfüßler“.
590 Lärmschutz ist auch ohne Ausbau möglich, zumal das dann höhere Fahrzeugaufkommen
591 ihn konterkariert. Venusbergtunnel oder Ennert-Aufstieg wird es mit uns nicht geben.
- 592 • Tempo 30 soll flächendeckend auf innerstädtischen Straßen gelten. Diese
593 Verlangsamung erhöht die Sicherheit anderer Verkehrsteilnehmer*innen, stärkt andere
594 Mobilitätsarten und bietet den Anwohner*innen besseren Lärmschutz.
- 595 • Der weitere innerstädtische Umbau von Ampeln und Kreuzungen in Kreisverkehre soll
596 beendet werden. Sie verursachen hohe Kosten, dienen vornehmlich der Erleichterung
597 des Autoverkehrs und bieten für Fußgänger*innen und besonders
598 mobilitätseingeschränkte Menschen geringere Sicherheit.

599

600

601 **6. Klima- und Umweltschutz**

602 **Klimaziele einhalten**

603 Die Stadt Bonn hat sich per Ratsbeschluss das Ziel gesetzt, bis 2035 Klimaneutralität zu
604 erreichen. Für dieses anspruchsvolle, aber notwendige Ziel setzt sich Die Linke ent-
605 schlossen ein. Der in der vergangenen Ratsperiode auch mit unseren Stimmen be-
606 schlossene Klimaplan enthält zahlreiche Maßnahmen für den Weg dorthin, wobei wir uns
607 in einigen Bereichen konkretere Schritte wünschen. Bislang wurde zu wenig wirklich um-
608 gesetzt – und es bleiben nur noch 10 Jahre. Die Maßnahmen müssen sich auf die größ-
609 ten Emissionsbereiche, Energieversorgung, Mobilität und Gebäude fokussieren. Je län-
610 ger gewartet wird, desto radikaler müssen diese Maßnahmen ausfallen, deswegen muss
611 möglichst schnell und zielgerichtet gehandelt werden. Aber bei der Emissionsreduktion
612 darf es nicht bleiben, parallel muss sich Bonn auf die bereits spürbaren Klimafolgen vor-
613 bereiten. Die Ereignisse der letzten Jahre zeigen, dass es gerade auf kommunaler Ebe-
614 ne auf ein gutes Katastrophenmanagement ankommt. Bonner*innen sollten bei der Pla-
615 nung von Szenarien von Naturkatastrophen oder Hitzebelastung mit einbezogen werden,
616 da ein solidarisches Zusammenarbeiten auch hier die beste Antwort ist.

617 Von wirksamer Klimaschutzpolitik sind nahezu alle kommunalen Politikfelder betroffen –
618 von der Energieversorgung, über die Wirtschaftsförderung, den Verkehr, das Grün- und
619 Waldflächenmanagement, die Wohnraumsanierung bis hin zu städtebaulichen Konzep-
620 ten und der Einflussnahme auf die regionale Wirtschaftsstruktur. In all diesen Bereichen
621 müssen bei jeder Maßnahme die Auswirkungen auf das Klima mit geprüft und die Politik
622 an der CO₂-Vermeidung ausgerichtet werden. Das bedeutet für uns: sofortiger Ausstieg
623 aus der Kohlewirtschaft, schrittweise Abkehr von der Gasnutzung, dezentrale ökologi-
624 sche Energieversorgung in kommunaler oder genossenschaftlicher Hand, Erhalt- und
625 Aufwertung von wertvollen Grünflächen, radikaler Umbau des Verkehrssystems hin zu
626 einer verträglichen Mobilität, Aufbau einer regional ausgerichteten Kreislaufwirtschaft mit
627 hohen Wiederverwendungs- und Recyclinganteilen, eine möglichst regionale und ökolo-
628 gische Lebensmittelversorgung. In ihrem eigenen Handeln soll die Stadt samt ihren Ge-
629 sellschaften ein Vorbild sein.

630 **Resilienz und Klimaanpassung**

631 Der Baumbestand im gesamten Stadtgebiet muss erhöht werden, um steigenden Hitze-
632 belastungen entgegenzuwirken. Ziel sollte es sein, keine größeren Flächen in Bonn ohne
633 Begrünung zu haben. Gerade benachteiligte Viertel weisen oft eine unzureichende Be-

634 grünung und einen hohen Grad an Versiegelung auf, hier ist die Hitzebelastung im
635 Sommer, und damit die Gefahr für die Bewohner*innen besonders hoch. Bei der Gestal-
636 tung von Plätzen und Bauvorhaben muss nicht nur darauf geachtet werden, schattige
637 und kühlere Flächen mitzudenken, sondern auch die Wasseraufnahmefähigkeit des Bo-
638 dens auszubauen, um einerseits gegen Starkregenereignisse gewappnet zu sein, ande-
639 rerseits das Wasser selbst auch zur Begrünung und Kühlung einsetzen zu können
640 („Schwammstadt“). Das kommunale Flächenmanagement muss nachhaltig gestaltet
641 werden, der verfügbare Platz ist endlich und muss deshalb verantwortungsvoll genutzt
642 werden.

643 Die Luftqualität hat einen großen Einfluss auf die Gesundheit der Einwohner*innen in
644 Bonn. Hauptsächlich wird sie durch den Verkehr beeinflusst. Gerade das Leben an viel
645 befahrenen Straßen kann die Gesundheit beeinträchtigen. Mit einer massiven Auswei-
646 tung und Vergünstigung des ÖPNV, mehr Platz für Fahrrad- und Fußverkehr und einem
647 Plan zur Umsetzung einer weitgehend autofreien Stadt wollen wir Städten wie Paris,
648 Barcelona oder Amsterdam folgen.

649 Konkret fordern wir:

- 650 • Die Strom- und Wärmeproduktion der Stadtwerke Bonn muss zügig auf Erneuerbare
651 umgestellt, die Erdgas-Verfeuerung schrittweise aufgegeben werden, um in gut 10
652 Jahren zu enden. Die Stadtwerke-Beteiligung am Steinkohlekraftwerk Lünen wird
653 mindestens abgegeben, es werden alle Anstrengungen unternommen, das Kraftwerk
654 möglichst schnell stillzulegen.
- 655 • Die Verkehrswende wird in möglichst raschen Schritten weitergeführt, der ÖPNV
656 ausgebaut und vergünstigt, Fahrrad- und Fußverkehr erhält wesentlich größere und
657 sicherere Straßenräume auf Kosten des Autoverkehrs. Ziel ist für uns die weitgehend
658 autofreie Stadt (siehe Kapitel Verkehr). Ein kommunales Förderprogramm zur
659 Anschaffung von Lastenrädern soll schnell umgesetzt werden.
- 660 • Auf städtischen Dachflächen werden generell Photovoltaik-Anlagen installiert, es sei
661 denn, Denkmalschutzgründe sprechen dagegen. In den nächsten fünf Jahren sollen auf
662 allen geeigneten städtischen Dachflächen solche Anlagen entstehen.
- 663 • In Neubaugebieten bzw. bei größeren Bauprojekten wird weiterhin generell Solarenergie-
664 Nutzung und Passivhausbauweise über Bebauungspläne, Erbpachtverträge und
665 Konzeptvergaben durchgesetzt. Im Rahmen von städtebaulichen Verträgen bei
666 gewerblicher Nutzung ist zudem die Verpflichtung zur Parkraumbewirtschaftung, zum
667 Angebot von Jobtickets und zur Vermeidung von privater Nutzung von Dienstwagen
668 festzuschreiben.
- 669 • Die Fern- und Nahwärmeversorgung (soweit tatsächlich nachhaltig erzeugt) sollte in
670 Bonn entsprechend der kommunalen Wärmeplanung ausgebaut werden, wobei darauf
671 geachtet werden muss, dass dieser Ausbau durch zu hohe Preise nicht Tendenzen zur
672 Verdrängung ärmerer Bewohner*innen verstärkt.
- 673 • Es wird ein kommunales Programm zur energetischen Sanierung von Wohngebäuden
674 etabliert. Die Stadt muss ihre Investitionen in die Sanierung deutlich steigern.
- 675 • Ausbau der Bonner Energie Agentur zu einer Institution der soweit möglich
676 verpflichtenden umfassenden Neubau- und Modernisierungsberatung.
- 677 • Auf öffentlichen Flächen wird die Nutzung von Mehrweggeschirr vorgeschrieben.
678 Gasbetriebene Heizpilze werden untersagt.
- 679 • Die Stadt Bonn wirkt über ihre (wenn auch geringe) Beteiligung am Flughafen Köln/Bonn
680 darauf hin, dass Nah- und Inlandsflüge sukzessive entfallen. Für den wirklich

681 unvermeidbaren ministeriellen Pendelverkehr nach Berlin werden wieder (mehr) ICE/IC-
682 Direktverbindungen geschaffen.

683 • Der Anteil kontrolliert biologisch erzeugter Lebensmittel aus regionaler Erzeugung bei der
684 Mittagessensversorgung in Kitas und Schulen wird bis zum Jahr auf 50% und bis zum
685 Jahr 2035 auf 100% gesteigert. Diese Quotenverpflichtung gilt auch für städtischen
686 Empfänge und Verpflegungen. Die Nachhaltige Beschaffung muss für alle Produkte
687 eingefordert werden.

688 • Städtische landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Flächen werden generell nur noch
689 unter der Auflage kontrolliert ökologischer Bewirtschaftung (erneut) verpachtet –
690 bevorzugt an solidarische Landwirtschaftsprojekte.

691 • Bei der Neuerrichtung städtischer Gebäude werden zukünftig ausschließlich biologische
692 Dämmmaterialien eingesetzt. Für alle anderen Materialien ist bei Ausschreibung eine
693 Höherbewertung ökologisch vorteilhafter Lebenszyklusbilanzen zu integrieren.

694

695 **Grünflächen erhalten und ökologisch aufwerten**

696 Kommunalpolitisches Handeln muss konsequent auf Umweltschutz und Nachhaltigkeit
697 hin überprüft werden – nicht nur zum Wohle der Natur. Vielfältiges Grün, Parks, naturna-
698 he Gartengebiete, verbindliche Biotopverbundkonzepte, möglichst großräumige Land-
699 schafts- und Naturschutzgebiete sowie natürlich fließende Bäche und Flussläufe bilden
700 die Voraussetzung für das Wohlbefinden der Menschen in Städten und ländlichen Sied-
701 lungsgebieten.

702 Naturschutzgebiete müssen besser ausgezeichnet und effektiver geschützt werden.
703 Auch in einer Großstadt bedeutet Naturschutz immer gleichzeitig Artenschutz. Biotope
704 von auf dem Stadtgebiet lebenden seltenen Arten wie z.B. Kreuzkröte, Wechselkröte,
705 Mauereidechse, Gelbbauchunke, Hirschkäfer und Wildkatze sollten vorrangig geschützt
706 und vernetzt werden. Städtische Grünflächen und die Friedhöfe sollen unter Beachtung
707 von ökologischen Gesichtspunkten bepflanzt und gepflegt werden. In Zusammenarbeit
708 mit der Biologischen Station sollen die hier heimischen Varianten von Pflanzen verwen-
709 det werden. Nicht heimische oder überzüchtete Mode-Pflanzenarten können dem Öko-
710 system schaden und zu einer Abnahme der Artenvielfalt führen. Wir wollen keinen Ein-
711 satz von Pestiziden, Herbiziden und Fungiziden.

712 Wir fordern konkret:

713 • Die Festlegungen des Freiraumplans, welche Grünflächen dauerhaft erhalten bleiben
714 sollten, dürfen nicht leichtfertig ignoriert werden. Das Messdorfer Feld soll als große
715 zusammenhängende Freifläche unangetastet bleiben.

716 • Keine Nutzung des Ökokontos für Ausgleichsmaßnahmen bei Bauvorhaben.
717 Ersatzpflanzungen und Ausgleichsmaßnahmen sind vor Ort oder im Umfeld umzusetzen.

718 • Ausbau des Baumbestandes im Stadtgebiet als Kohlendioxidspeicher,
719 Sauerstoffproduzenten und zur Abkühlung des städtischen Klimas durch Verdunstung.
720 Gefällte und tote Stadtbäume müssen innerhalb eines Jahres nachgepflanzt werden.

721 • Frischluftschneisen, über die das Stadtgebiet mit Frischluft versorgt wird, dürfen nicht
722 weiter zugebaut werden.

723 • Belange des Klimaschutzes müssen in allen Phasen der Bauplanung verstärkt
724 berücksichtigt werden. Jedes größere neue Bauvorhaben muss im Hinblick auf seine
725 Auswirkungen auf die Luftzirkulation in der Stadt hin untersucht und den Erfordernissen
726 einer guten Durchlüftung des Stadtgebietes angepasst werden.

727

728 **Wiederverwendung und Abfallvermeidung**

729 Der beste Müll ist der, der gar nicht erst entsteht. Konsequenter Müll vermeiden, vermin-
730 dern und wiederverwerten, Mülltrennung an der Quelle durchführen und Müllvermeidung
731 durch kommunale Gebührengestaltung fördern sind wesentliche Voraussetzungen, um
732 aus der Müllverbrennung wieder auszusteigen und umweltschonende Verfahren anzu-
733 wenden. Verpackungsfreie Geschäfte, nichtkommerzielle Tauschbörsen und Repair-
734 Treffs geben gute Impulse und sind gute Anfänge. Statt Müllverbrennung muss Abfall-
735 vermeidung und Verwertung auf kommunaler Ebene erfolgen.

736 Wir fordern konkret:

- 737 • Weitere kommunale Wertstoffhöfe, damit die Abgabe und Weiternutzung einfacher wird.
- 738 • Der Sperrmüll muss als Sammeltermin erhalten werden, um die Wiederverwendung
739 möglich zu machen.
- 740 • Das Angebot von öffentlichen Papiercontainern muss erhöht werden, um die neue
741 Regelung der Nichtbeistellung zur Blauen Tonne und das veränderte Kaufverhalten
742 aufzufangen.
- 743 • Die Bonner Müllverbrennungsanlage (MVA) darf nur noch Müll annehmen, der im
744 Umkreis von maximal 100 km entstanden ist. Wir setzen uns daher für die kurzfristige
745 Stilllegung einer der drei Linien der MVA ein. In keinem Fall darf die Kapazität der MVA
746 auch noch ausgeweitet werden.
- 747 • Der hohe organische Anteil im Bonner Müll soll schrittweise separat gesammelt und
748 verwertet werden – und nicht mehr verbrannt.
- 749 • Kein Plastikgeschirr mehr auf öffentlichen Flächen, Vermeidung von Plastik bei allen
750 städtischen Vergaben.
- 751 • Die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer gemäß Tübinger Vorbild, um
752 Müllvermeidung und den Umstieg auf Mehrweg zu fördern.

753

754 **Für wirkungsvollen Tierschutz in Bonn**

755 Tierschutz ist auch ein kommunales Thema. Als Die Linke. Bonn setzen wir uns seit Jah-
756 ren dafür ein, die Interessen von Tieren und Tierschutz- sowie Tierrechtsinitiativen in der
757 Kommunalpolitik zu vertreten. Dazu gehören Maßnahmen zur Verbesserung der Le-
758 bensbedingungen von Tieren in städtischen und natürlichen Lebensräumen, eine besse-
759 re Unterstützung des Bonner Tierheims sowie die auskömmliche Förderung von Tier-
760 und Artenschutzprojekten. Wir werden auch in den kommenden Jahren mindestens jähr-
761 lich den Austausch mit Tierschützer*innen und Tierschutzinitiativen suchen, um ihre be-
762 rechtigten Anliegen in den Stadtrat zu tragen. Um die Sensibilität für den Tierschutz zu
763 erhöhen und politische wie auch öffentliche Kontrolle zu intensivieren, werden wir die
764 Einführung jährlicher Tierschutzberichte des Veterinäramtes beantragen. Bonn muss in
765 der Verwaltungspraxis streng auf die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben für Tierhaltung
766 und Tierschutz achten.

767 **Erweiterung und Unterstützung des Tierheims Bonn**

768 Das Bonner Tierheim leistet unverzichtbare Arbeit für den Tierschutz in unserer Stadt
769 und erfüllt die Pflichtaufgabe der Fundtierversorgung für die Stadt Bonn. Wir haben in
770 der vergangenen Wahlperiode eine deutlich bessere finanzielle Unterstützung des Trä-
771 gervereins durchgesetzt und auch Beschlüsse für dringend benötigte Flächenerweite-

772 rungen herbeigeführt. Diese müssen zügig umgesetzt werden, um den Platzbedarf für
773 Tiere in Not und nach modernen Standards nachhaltig zu decken. Die Linke wird sich
774 weiter dafür stark machen, dass das Tierheim von der Stadt die erforderliche Unterstüt-
775 zung erhält. Dazu zählen Investitionen in artgerechte Gehege, Unterstützung bei Gebäu-
776 de- und Geländesanierungen, die Übernahme von großen Anschaffungskosten sowie
777 ausreichend Personal. Insbesondere durch den Autobahnausbau des Tausendfüßlers
778 belastet, soll das Tierheim städtische Unterstützung bei allen Verhandlungen mit der Au-
779 tobahn GmbH erhalten können, wenn es dies wünscht.

780 **Schutz von Vögeln und Tieren in der Rheinaue**

781 Die Rheinaue ist ein zentraler Lebensraum für viele Tierarten und besonders für Zug-
782 und Wasservögel von großer Bedeutung. Die Linke. Bonn fordert:

- 783 • Erweiterung der Schutzmaßnahmen, beispielsweise durch mehr Ruhezone, die von
784 Besucher*innen nicht betreten werden dürfen.
- 785 • Sanierung der Ufermauer des Rheinauensees, ausreichend Kükenausstiegshilfen
- 786 • Wilderei in der Rheinaue entschieden entgegnet und diese tierschutzrechtlich
787 ahnden
- 788 • Feuerwerkregulierung bei Rhein in Flammen, insbesondere in der Nähe der Vogelinsel

789

790 **Sterilisation von Nutrias**

791 Gegenüber der Population von Nutrias in der Rheinaue setzt Die Linke. Bonn auf ein
792 Sterilisationsprogramm in Kooperation mit dem Deutschen Tierschutzbund statt auf Tö-
793 tung und Vergrämung. Neben dem Lebenserhalt der Tiere reduziert dieses Vorgehen
794 zudem die Population langfristig und nachhaltig.

795 **Taubenschläge und artgerechte Betreuung**

796 Nachdem endlich ein Taubenhaus am Hauptbahnhof in der vergangenen Wahlperiode
797 realisiert werden konnte, das in Trägerschaft der Stadttaubenhilfe gut gestartet ist, set-
798 zen wir uns im Sinne der verwilderten Stadttauben für den Ausbau artgerechter Tauben-
799 schläge ein. Auch das Taubenhaus am Hauptbahnhof, so froh wir über die Einrichtung
800 sind, bedarf einer Ausweitung. Solche Schläge ermöglichen die schonende Populations-
801 reduzierung durch Ei-Austausch. Dass hierdurch auch Verschmutzungen in der Stadt
802 verringert werden können, ist ein positiver Nebeneffekt der Achtung des Tierwohls. Wir
803 setzen uns für ein tierschutzgerechtes Taubenmanagement in Bonn ein und wollen hier-
804 bei die Expertise engagierter Initiativen aufgreifen und städtisch unterstützen.

805 **Regulierung von Feuerwerken zum Schutz der Tiere**

806 Feuerwerke stellen eine erhebliche Belastung für Wild- und Haustiere dar. Die Linke for-
807 dert die Einschränkung privater Feuerwerke und die Umstellung städtischer Veranstal-
808 tungen auf geräuschärmere, tierfreundliche Alternativen wie Lasershows. So kann der
809 Schutz von Tieren und die Lebensqualität der Anwohner*innen gleichermaßen gesteigert
810 werden. Insbesondere um das Tierheim befürworten wir eine Sperrzone für Feuerwerk.

811 **Wildtierhaltung und Pferde im Rosenmontagszug**

812 Wildtierhaltung in Wanderzirkussen ist Tierquälerei! Seit 2011 setzen wir uns regelmäßig
813 für ein kommunales Wildtierverbot in Zirkussen ein. Zwischenzeitlich ist dieses Ziel seit
814 mehreren Jahren in Bonn erreicht. Auch der inakzeptable und gefährliche Einsatz von

815 Pferden im Rosenmontagszug ist mittlerweile in Bonn Gesichte. Wir werden darauf ach-
816 ten, dass beides so bleibt.

817 **Tierversuche kontrollieren**

818 Die Stadtverwaltung übt die Aufsicht über universitäre Tierversuche aus. Diese Kontrol-
819 len müssen streng, engmaschig und möglichst häufig auch ohne Ankündigung erfolgen,
820 damit wenigstens die Vorgaben des Tierschutzes eingehalten werden.

821 **Katzenkastration**

822 Die Katzenkastrationsverordnung muss dringend angepasst und der 2023 von der Links-
823 fraktion eingebrachte Beschluss umgesetzt werden: So sollen Fundkatzen zukünftig be-
824 reits nach 48 Stunden kastriert/sterilisiert werden können und nicht, wie bislang, 14 Tage
825 in Quarantäne verbleiben müssen. Das entlastet die Katzenquarantäne des Tierheims
826 um ein Vielfaches.

827 Unsere Forderungen:

- 828 • Sterilisationsprogramme für Nutrias an Rhein und Sieg.
- 829 • Ausbau von Taubenschlägen und artgerechter Betreuung (z.B. durch die
830 Stadttaubenhilfe)
- 831 • Stärkere Schutzmaßnahmen für Tiere in der Rheinaue
- 832 • Einschränkung von Feuerwerken zugunsten geräuscharmer Alternativen.
- 833 • Schnelle Umsetzung der Flächenerweiterung des Tierheims und Unterstützung bei der
834 Errichtung neuer Infrastruktur.

835 Mit diesen Maßnahmen wollen wir in Bonn den Tierschutz nachhaltig stärken. Während
836 andere Parteien das Thema belächeln, werden wir dem Tierschutz weiter eine Stimme in der
837 Bonner Kommunalpolitik geben.

838

839 **7. Stadtentwicklung**

840

841 Bonn soll eine vielfältige Stadt sein, die in allen Vierteln gute Wohn- und Lebensverhält-
842 nisse bietet und in der ärmere Haushalte nicht aus der Stadt bzw. Stadtteilen herausge-
843 drängt werden. Wir wollen keine Stadt, die in arme und reiche Quartiere aufgeteilt ist und
844 in der das Zentrum nahezu allein der werbenden Präsentation von Waren und Dienstleis-
845 tungen dient. Quantitatives Wachstum ist nicht entscheidend, sondern die Lebensqualität
846 einer Stadt für alle Menschen. Für uns sind qualitative Kriterien der Maßstab: die soziale
847 und kulturelle, ökologisch verträgliche Entwicklung von Bonn. Denn eine wirkliche Stadt
848 ist keine „Marke“, kein „Standort“ und auch keine Potenzialfläche für Privatinvestoren,
849 sondern ein sozialer und kultureller Raum, der demokratisch gestaltet werden muss und
850 in dem Platz für unterschiedliche Lebensweisen sein soll.

851 Dazu gehört auch, dass Freiräume und nicht durchgeplante Bereiche existieren, die Ni-
852 schen bieten und in denen sich Neues entwickeln kann. Eine Gliederung der Stadt in
853 Viertel bzw. großflächig monokulturelle Bereiche, die nur einem funktionalen Ziel dienen
854 (z.B. Bundesviertel, Venusberg Kliniken, Campus Poppelsdorf), lehnen wir ab. Dort, wo
855 sie bereits entstanden sind, sollten weitere entsprechende Ansiedlungen vermieden und
856 konsequent für eine Nutzungsmischung gesorgt werden. Solche Bereiche bilden weder
857 einen attraktiven Stadtraum, noch sind sie unter ökologischen Gesichtspunkten sinnvoll.

858 Vorsicht ist geboten bei städtebaulichen Aufwertungsmaßnahmen. Die Aufwertung
859 schlägt sich oft anschließend in höheren Immobilienpreisen nieder. Das trägt dazu bei,
860 Menschen zu verdrängen, die sich die gestiegenen Preise nicht mehr leisten können.

861 In der Vergangenheit wurde die Stadtentwicklung viel zu stark von Marktkräften be-
862 stimmt, begünstigt durch den zunehmenden Rückzug der öffentlichen Hand: Verkauf von
863 Grundstücken und Wohnungen, teilweiser Reduzierung öffentlicher Angebote, Schwä-
864 chung planungsrechtlicher Vorgaben für Investoren, fehlendes gestaltendes Engage-
865 ment mit Verweis auf die (angeblich) nicht vorhandenen finanziellen Mittel. Öffentliche
866 Verfügbarkeit und Einflussmöglichkeiten sind jedoch die Grundbedingung für eine demo-
867 kratische und soziale Stadtentwicklung. Die Privatisierung öffentlicher Räume muss ge-
868 stoppt, die öffentliche Gestaltungshoheit über große Flächen (wieder-)hergestellt wer-
869 den. Der Verkauf städtischer Flächen wurde in der vergangenen Ratsperiode beendet,
870 die Stadt vergibt Grundstücke in Erbpacht.

871 Hierzu gehört aber auch, dass die Stadt über die – insbesondere auf unseren Druck hin
872 – im vergangenen Jahr gegründete eigene Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG), Grund-
873 stücke erwirbt oder übertragen bekommt und weiterentwickelt. Mit dem „Rosenfeld“ in
874 Buschdorf soll die Stadtentwicklungsgesellschaft beginnen, um dann weitere Flächen für
875 eine soziale und ökologische Stadtgestaltung zu entwickeln.

876 Die immer wieder geforderte Zusammenarbeit mit dem Rhein-Sieg-Kreis hinsichtlich
877 gemeinsamer Flächenentwicklungen sehen wir aufgrund der Erfahrungen der Vergan-
878 genheit (Versuch der Stadtwerkekooperation) skeptisch. Die Interessenlagen und Struk-
879 turen sind unterschiedlich, ein faires beidseitiges Profitieren mindestens sehr kompliziert.
880 Abgesehen davon gibt es auch in Bonn viel Potenzial, ohne erhaltenswerte Grün- oder
881 Parkflächen aufzugeben. Flächenverfügbarkeit ist keine absolute Größe, sondern auch
882 Ergebnis (unterlassener) politischer Steuerung und mit der Verteilungsfrage verbunden:
883 Für wen? Intelligente Umnutzung aufgegebener Liegenschaften, Rückbau von PKW-
884 Parkplätzen und überdimensionierter Verkehrsflächen, Aufstockung, dort wo es dem
885 Stadtbild nicht schadet und ökologische Rahmenbedingungen gewahrt sind, vorrangige Pla-
886 nung mehrgeschossiger Mietwohngebäude statt Einfamilienhaussiedlungen und große
887 Wohnflächen für wenige.

888 Um die Entwicklung der Stadt und ihrer Viertel positiv zu beeinflussen, müssen alle (bau-
889)rechtlichen und planerischen Möglichkeiten eingesetzt werden, auch wenn dies Zeit und
890 Aufwand erfordert. Das Interesse von Investor*innen oder Eigentümer*innen hat gegen-
891 über einer qualitativen, sozialen und gestalterisch gelungenen Planung zurückzustehen.
892 Es ist wichtig, die Bürger*innen der Stadt über Planungen nicht nur frühzeitig, umfassend
893 und transparent zu informieren, sondern ihnen bereits im Vorfeld Mitgestaltung und tat-
894 sächliche Mitentscheidung zu ermöglichen. Plan- und Bauvorhaben sollten aus städte-
895 baulichen und architektonischen Wettbewerben hervorgehen, wobei stärkeres Augen-
896 merk auf die Auslobung, die Bürovielfalt und die konkreten Bedingungen zu legen ist.

897 Wir fordern konkret:

- 898 • Eine aktive städtische Bodenpolitik für den Neuerwerb und intelligente Nachnutzung
899 von Flächen über die gegründete Stadtentwicklungsgesellschaft oder ggf. städtisch
900 geführte Projektgesellschaften. Sozialer und öffentlicher Wohnungsbau soll in allen
901 Stadtvierteln und mindestens gemäß Bonner Baulandmodell erfolgen.
- 902 • den kommunalen Ankauf der Gelände von Landes- oder Bundesliegenschaften,
903 sofern die Konditionen vertretbar sind – und nicht wie beim Landesbehördenhaus
904 einem Knebelvertrag gleichen. Auf solchen Grundstücken soll vorwiegend

905 mehrgenerationengerechter sozialer Wohnungsbau verwirklicht werden; ergänzend
906 sind öffentliche Angebote wünschenswert.

907 • Keine weitere aktive Ansiedlung von Hotels oder sog. Boardinghäusern, sondern
908 Nutzung der Flächen für Mietwohnungsbau.

909 • Bislang eher nachlässig behandelte und ärmere Stadtviertel müssen stärker gefördert
910 werden, gerade auch in ihrer öffentlichen Infrastruktur, allerdings dürfen nicht nur die
911 baulichen Veränderungen im Mittelpunkt stehen. Darüber hinaus müssen hier
912 städtische Vorkaufsrechte genutzt werden, um eine langfristige Entwicklung möglich
913 zu machen und um nicht nur mit öffentlichen Geldern kurzfristig orientierten
914 Immobilieneigentümern eine vorübergehende Wertsteigerung zu bieten.

915 • Ein sozial orientiertes Quartiersmanagement muss die einzelnen Stadtbezirke und
916 Viertel in den Fokus nehmen. Städtische Aufgabe ist es insbesondere, dezentrale
917 Begegnungsstätten, Bürgerzentren und Jugendtreffs einzurichten und zu fördern,
918 damit zivilgesellschaftliches Leben in den Bezirken und Vierteln gestärkt wird.

919 • Im Sinne einer integrativen Gebietsentwicklung und inklusiv ausgerichteten
920 Stadtteilentwicklung ist der Behebung infrastruktureller Defizite, der Ausgestaltung
921 der Kultur- und Jugendarbeit und gesundheitsbezogenen Maßnahmen für alle
922 Generationen im Stadtteil ein hoher Stellenwert beizumessen.

923 • Bei allen stadteilorientierten Planungen und Aktivitäten sind echte
924 Partizipationsmöglichkeiten der Bürger*innen zu gewährleisten.

925 • Um Grün- und Freiflächen zu schonen, sollte bauliche Nachverdichtung in erster Linie
926 als Höhenentwicklung, also mit mehr Geschossen, erfolgen. Unabhängig davon ist
927 bei Bauvorhaben grundsätzlich im Einzelfall anhand der Kriterien verbleibende
928 Umgebungsqualität, betroffener Baum- und Grünflächenbestand oder
929 Rücksichtnahme auf historisch Gebäudestrukturen zu entscheiden.

930 • Der Denkmalschutz ist umfassend zu beachten und verstärkt auch denkmalwerte
931 Gebäude der 1960-80er Jahre unter Schutz zu stellen. Auch unabhängig vom
932 Denkmalschutz ist bei Um- und Neubauten insbesondere in den gewachsenen
933 Ortszentren und Siedlungen das Gestaltungsbild zu berücksichtigen. Die Sanierung
934 von Gebäuden soll grundsätzlich Vorrang vor dem Abriss und Neubau haben.

935

936 **Innenstädtische Zentren nicht nur zum Shoppen**

937 Attraktiv ist eine Innenstadt, in der Menschen tatsächlich wohnen, leben, sich gerne auf-
938 halten, beobachten, begegnen und Unterschiede existieren. Das setzt voraus, dass die
939 noch bestehenden Wohnungen erhalten und zusätzliche geschaffen, öffentliche Angebo-
940 te nicht aus der Innenstadt herausgedrängt werden und Aufenthaltsräume bestehen, die
941 nicht zum Konsum zwingen.

942 Für uns steht deshalb nicht die Ansiedlung neuer Geschäfte oder die Ausweitung der
943 Einzelhandelsflächen im Mittelpunkt, sondern der Bestand und die Ausweitung des sozi-
944 alen und kulturellen Angebots, die Erhöhung der Aufenthaltsqualität und die Vielfalt in-
945 nerstädtischer Nutzungen – auch für unterschiedliche soziokulturelle Interessen. Zur
946 Ausweitung der Aufenthaltsqualität gehören zusätzliche Bänke oder Sitzmöglichkeiten,
947 ausreichende öffentliche Toiletten, öffentliche Trinkwasserspender und mehr Bäume
948 bzw. Grünflächen – insbesondere aber die Pflege des öffentlichen Raums, denn häufig
949 werden einmal geschaffene Plätze o.Ä. einfach dem jahrelangen Verfall preisgegeben.

950 Leerstand oder untergenutzte Flächen müssen genutzt werden, um neue soziokulturelle
951 Anlaufpunkte, sog. Dritte Orte zu schaffen, um den Austausch und die Begegnung zu
952 fördern. Hierbei muss die Stadt über eine Koordinierungsstelle oder ein „Leerstandsma-

953 nagement“ eine aktive Rolle einnehmen und darf nicht nur tatenlos zusehen, ob irgend-
954 wann eine neue kommerzielle Nutzung gefunden wird.

955 Zur Offenheit einer Stadt gehört auch, dass obdachlose Menschen und Menschen mit
956 Suchterkrankungen nicht vertrieben werden, sondern dass sie neben den notwendigen
957 Unterstützungen auch Platz in einer Stadt einnehmen können. Die Linke Bonn lehnt es
958 ab, die Verdrängung von Obdachlosen und Suchtkranken als Lösung darzustellen. Statt-
959 dessen brauchen wir mehr Angebote für Beratung sowie eine menschenwürdige Versor-
960 gung von obdachlosen und suchtkranken Menschen. Dazu gehören auch Aufenthalts-
961 räume, die gesäubert und gepflegt werden, damit Menschen dort verweilen können. Es
962 hat sich in keiner Weise bewährt, mit dem Wegfall des Bonner Lochs und dem folgenden
963 Aufenthaltsverbot am ZOB einfach so zu tun, als seien diese Menschen nicht da bzw.
964 ihnen den Aufenthalt in Innenstadtbereichen zu verbieten. Bereits bei der Planung ist zu
965 berücksichtigen, an welchen Orten die (gemeinsame) Nutzung des öffentlichen Raums
966 möglich ist.

967 Unsere soziale Verantwortung stoppt nicht an unseren Stadt- oder Bundesgrenzen. Un-
968 ser Lebensstil hat Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Men-
969 schen auf der ganzen Welt. Unsere Stadt trägt seit 2010 den Titel „Fair Trade Town“. Die
970 Stadt Bonn sollte sich nicht auf den Vorgaben des Siegels ausruhen. Dass Einzelhandel,
971 Gastronomie und Hotellerie fair gehandelte Produkte anbieten, sollte stärker gefördert
972 und eingefordert werden.

973 Wir fordern konkret:

- 974 • Innerstädtischer Wohnraum muss geschützt und erhalten, Etagenleerstand verhindert
975 und neue, preisgünstigere Wohnungen statt Einzelhandelsflächen geschaffen
976 werden.
- 977 • Zu einer Steigerung der Aufenthaltsqualität der Innenstadt gehört die Bereitstellung
978 von deutlich mehr Sitzgelegenheiten, die Einrichtung öffentlicher kostenfreier
979 Toiletten und Wickelräume.
- 980 • Straßen und Plätze müssen stärker begrünt und öffentliche Trinkwasserspender
981 eingerichtet werden.
- 982 • Nicht nur vor dem Bahnhof muss Platz für den ÖPNV, Radverkehr und
983 Fußgänger*innen sein, der Autoverkehr soll entscheidend reduziert bzw. unterbunden
984 werden. Oberirdische Parkplätze sollen schrittweise abgeschafft werden.
- 985 • Das Viktoriakarree soll auch mit einer universitären Bibliothek als Quartier für
986 Gastronomie, kleinteiligen Einzelhandel und günstigeren Wohnraum erhalten bleiben.
- 987 • Das Stadthaus soll saniert und als innenstadtnahes Verwaltungsangebot erhalten
988 werden. Durch den Rückbau der Parkflächen und Nutzung von Freiflächen kann eine
989 Straßenrandbebauung entlang der Maxstraße/Weiherstraße entstehen, sofern der
990 Platz an der Straßenecke erhalten wird und auch sozialer Wohnraum geschaffen
991 wird.
- 992 • Für zivilgesellschaftlichen Gruppen, Bewegungen und Initiativen muss es gut
993 erreichbare Räume geben, die unbürokratisch von der Stadt zur Verfügung gestellt
994 werden.
- 995 • Eine städtische Koordinierungsstelle, die leerstehende Räume mobilisiert und deren
996 Nutzung für nichtkommerzielle soziokulturelle Angebote organisiert bzw. unterstützt
997

8. Kommunale Demokratie

999 Politik kämpft auf allen Ebenen mit einem Vertrauensverlust. Ein wesentlicher Grund
 1000 dafür ist, dass auch nach Wahlen und bei veränderten Mehrheiten Probleme häufig nicht
 1001 gelöst werden. Das erzeugt verständlichen Frust, z.B. wenn selbst mehrheitlich be-
 1002 schlossene Maßnahmen, wie in Bonn Badsanierungen, über Jahre von der Verwaltung
 1003 nicht umgesetzt werden oder wenn Wohnkosten unabhängig von Wahlergebnissen im-
 1004 mer weiter steigen. In Bonn werden über Beteiligungsverfahren zum Haushalt wie
 1005 Bonn4future und die Leitlinien Bürgerbeteiligung schon seit Jahren große Anstrengungen
 1006 unternommen, eine partizipativere Kommunalpolitik zu gewährleisten. Wenn die Umset-
 1007 zung der Ergebnisse aber dann häufig nicht gelingt oder jahrelang verschleppt wird, ver-
 1008 kommt Bürgerbeteiligung zur ergebnisarmer Selbstbeschäftigung oder Alibi-Beteiligung.
 1009 Letztlich sind folgenlose Dialogkreise und Verfahren eine Verschwendung von Zeit der
 1010 teilnehmenden Bürger*innen und der Ressourcen unserer Stadt.

1011 Kommunale Demokratie braucht daher eine handlungsfähige Stadtverwaltung, die Vor-
 1012 gaben auch effizient und zeitnah umsetzt. Das muss genauso spürbar werden wie eine
 1013 Ratspolitik, die bürgerschaftliches Engagement und Vorschläge tatsächlich ernst nimmt
 1014 und aufgreift. Deshalb befürworten wir die proaktive Durchführung von Ratsbürgerent-
 1015 scheidungen zu wesentlichen Fragen der Stadtentwicklung, damit hierzu die Bürger*innen
 1016 das letzte Wort haben. Sie sollen nicht erst gefragt sein, wenn der Stadtrat Entscheidun-
 1017 gen schon getroffen hat und Fehlentscheidungen zu korrigieren sind.

1018 Wir fordern konkret:

- 1019 • Weiterentwicklung der Leitlinien Bürgerbeteiligung, so dass Ergebnisse der
 1020 Beteiligungsvorhaben für Bonn möglichst verbindlich und auf rasche Umsetzbarkeit
 1021 ausgerichtet werden.
- 1022 • Für einen echten Bürger*innen-Haushalt, also Mitbestimmung der Öffentlichkeit bei der
 1023 Verwendung von Mitmach-Budgets und städtische Rechenschaftspflicht über die
 1024 Umsetzung
- 1025 • Einschränkung der Einschaltung kostenintensiver externer Agenturen für
 1026 Beteiligungsverfahren. Moderationen muss die Stadtverwaltung bei Standardverfahren
 1027 selbst können!
- 1028 • Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sollen im Rahmen der städtischen Möglichkeiten
 1029 entbürokratisiert und bürgerfreundlich umgesetzt werden, durch die zeitliche Verbindung
 1030 mit Wahltagen (wo möglich), die Einrichtung auch von Wahlbüros (nicht nur Briefwahl)
 1031 und Zusendung der Abstimmungshefte mit den wesentlichen Informationen an alle
 1032 Bürger*innen.
- 1033 • Die Linke steht für lebendige Bezirksvertretungen mit klaren Kompetenzen und auch
 1034 finanziellen Befugnissen
- 1035 • Absenkung des Altersquorums bei städtischen Beteiligungsverfahren auf 14
- 1036 • Die Linke steht dafür, Ratsbürgerentscheide bei herausgehobenen städtischen Vorhaben
 1037 durchzuführen, damit die Bürger*innen dort das letzte Wort haben!
- 1038 • Sollten Rechtsvorschriften einem verbindlichen Bürgerentscheid entgegenstehen, wie
 1039 das beim Vorhaben Seilbahn leider der Fall war, befürworten wir alternativ Bürger*innen-
 1040 Befragungen, um dem Rat eine Entscheidung in Kenntnis der Mehrheitsmeinung der
 1041 Abstimmenden zu ermöglichen und eine breite öffentliche Auseinandersetzung zu
 1042 wichtigen Themen herbeizuführen.

1044

9. Intersektionale und Geschlechtergerechtigkeit

1045 Mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Bonn sind Frauen. Dies spiegelt sich jedoch nicht
1046 in ihrem Einfluss in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wider. Frauen und deren Belange
1047 werden überwiegend von Männern vertreten; politische und wirtschaftliche Rahmenbe-
1048 dingungen für ein selbstbestimmtes Leben von Frauen werden nur mangelhaft umge-
1049 setzt. Auch in Bonn haben wir eine vollständige Geschlechterdemokratie, also die ge-
1050 rechte Teilhabe an Arbeits- und Lebensbedingungen, bislang nicht erreicht.

1051 Ökonomische Unabhängigkeit und eine gerechte Verteilung bezahlter und unbezahlter
1052 Arbeit zwischen Frauen und Männern sind Voraussetzung für eine gleichberechtigte
1053 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Noch ungerechter wird die Verteilung außerhalb
1054 binärer Geschlechterstrukturen. Alle an der politischen Gestaltung beteiligten Ak-
1055 teur*innen sollen grundsätzlich den Blickwinkel der Gleichstellung zwischen Frauen und
1056 Männern, zwischen Mädchen und Jungen sowie der Vielfalt aller weiteren Geschlechter
1057 einnehmen. Bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern müssen endlich
1058 abgebaut und neue Ungleichheiten verhindert werden.

1059 Spezielle Fördermaßnahmen für FLINTA*-Personen sind notwendig. FLINTA* ist ein Ak-
1060 ronym, das für Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, transgeschlechtliche
1061 und agender Personen steht. Sie sind überdurchschnittlich von Erwerbslosigkeit sowie
1062 von ungerechter Bezahlung und Bewertung ihrer Arbeit betroffen. Neben der Erwerbsar-
1063 beit wird die reproduktive Arbeit im Haushalt zudem überwiegend von Frauen übernom-
1064 men, ohne dass sie die dafür notwendige Anerkennung erhalten. Zu den erforderlichen
1065 Fördermaßnahmen gehören u.a. spezifische integrative Maßnahmen für langzeitarbeits-
1066 lose FLINTA* unter besonderer Berücksichtigung ihrer jeweiligen Lebensabschnitte und -
1067 bedingungen, konkrete Qualifizierungsmaßnahmen für un- und angelernte FLINTA* so-
1068 wie die Vergabe der Hälfte aller Ausbildungsplätze an Bewerberinnen.

1069 Gewalt an Frauen und Mädchen, allgemein FLINTA*, ist immer noch ein alltägliches
1070 Problem, insbesondere die häusliche Gewalt. Beratungsstellen und Frauenzentren sowie
1071 Frauenhäuser sind häufig zu großen Teilen ehrenamtlich getragen und müssen in ihrem
1072 Fortbestand gesichert werden. Wir setzen uns für ihre bessere Förderung ein. Geflüchte-
1073 te FLINTA* benötigen u.a. aufgrund möglicher Traumatisierung besondere Unterstüt-
1074 zung. Veranstaltungen in angstfreien Räumen zur Begegnung und zum gegenseitigen
1075 Austausch sollen von der Stadt bereitgestellt und verstärkt gefördert werden.

1076 Wir fordern konkret:

- 1077
- den Ausbau von Frauen- und FLINTA*-Förderprogrammen
 - ausreichende Finanzierung der bestehenden Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen und sonstigen Fraueninitiativen (z.B. des interkulturellen Mädchentreffs Azade, des Mädchenhauses, TuBF e.V., Frauen helfen Frauen e.V., des autonomen Frauenhauses) sowie den weiteren Ausbau der Frauenhausplätze (Erweiterung oder zusätzliches Frauenhaus).
 - spezifischen Bonner Einrichtungen mit Bezug zur feministischen Bewegung (u.a. Frauenmuseum, Alte VHS) sollte die Stadt auch zukünftig angemessen fördern bzw. unterstützen.
 - die kommunale Bereitstellung und Förderung von Hilfsprogrammen für traumatisierte Frauen.
- 1086
1087

- 1088 • die Berücksichtigung der bislang völlig unterrepräsentierten historischen und
1089 gesellschaftlichen Rolle von Frauen bzw. FLINTA* im Stadtbild bei der Benennung von
1090 Straßen und Plätzen.

1091 Viele dieser Forderungen helfen nicht nur Frauen, sondern auch Menschen, die aufgrund
1092 ihrer Sexualität ausgegrenzt, gemobbt, bedroht oder gar gewaltsam angegriffen werden.
1093 Wir kämpfen für die Akzeptanz der unterschiedlichen Lebensweisen und der sexuellen
1094 und geschlechtlichen Vielfalt in unserer Gesellschaft. Unser Ziel ist die Überwindung ei-
1095 ner cis-heteronormativen Gesellschaft: die Aufhebung des Gegensatzes von „normal“
1096 und „anders“.

1097 Die Linke. Bonn steht für eine emanzipatorische Politik, die alle Lebensweisen unter-
1098 stützt und für ihre Gleichberechtigung kämpft. Ausgrenzung, Diskriminierungen, Beleid-
1099 gungen und auch Gewalt sind immer noch bittere Realität für Lesben, Schwule, Bisexu-
1100 elle, trans, intergeschlechtliche, asexuelle sowie queere Menschen (LSBTIAQ*). Immer
1101 noch können viele Menschen in der Öffentlichkeit, in Schulen oder bei der Arbeit ihre
1102 Identität nicht frei und offen zeigen, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Der Kampf
1103 gegen Trans- und Homophobie muss nicht nur gesellschaftlich erfolgen, sondern auch
1104 institutionell gefördert werden!

1105 Die Bonner Aids-Hilfe und das daran angegliederte Jugendzentrum GAP ermöglichen
1106 Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich zum Beispiel als lesbisch, schwul, bise-
1107 xuell, trans*, inter* oder genderqueer identifizieren, die Erfahrung von Solidarität und
1108 Selbstbestimmung in diskriminierungsarmen Räumen in Bonn. Ihre Arbeit wird bisher zu
1109 Teilen ehrenamtlich realisiert und muss endlich eine stärkere finanzielle und vor allem
1110 gesicherte Förderung seitens der Stadt erhalten. Wir fordern konkret:

- 1111 • Akzeptanz unterschiedlicher Beziehungs- und Familienmodelle.
- 1112 • Ausfinanzierung der Arbeit des GAP, der Aids-Hilfe und Aids-Initiative sowie anderer
1113 queerer Orte der Unterstützung und Begegnung.
- 1114 • stärkere Förderung von bildungsorientierten Projekten zur Aufklärung wie z.B. SCHLAU
1115 Bonn.
- 1116 • Schaffung von Angeboten speziell für queere Geflüchtete.

1117 Wichtig ist hierbei zu beachten, dass mehrfach-marginalisierte Personen, also Personen
1118 die mehrere Formen der Ungerechtigkeit erleben (z.B. Rassismus, Transfeindlichkeit,
1119 Homophobie, Behindertenfeindlichkeit und Klassismus), entsprechend an mehreren Stel-
1120 len unterstützt werden müssen. Gerechtigkeit muss intersektional gedacht werden und
1121 alle Formen der Diskriminierung beachten. Wir fordern deshalb:

- 1122 • Anerkennung diverser Diskriminierungsformen als ineinandergreifende, sich
1123 verstärkende und somit mehrfach belastende Lebensrealität für Betroffene, die nicht
1124 unabhängig voneinander betrachtet werden können.
- 1125 • Finanzierung und Förderung intersektionaler Projekte und Ansätze, die diese
1126 Mehrfachbelastung mitdenken.
- 1127 • Schaffung von Anlaufstellen und Selbsthilfeangeboten für mehrfach-marginalisierte
1128 Personen.
- 1129 • Besonderes Zuhören bei den Stimmen, die selbst mehrfach marginalisiert sind.

1130

1131 **10. Arbeit und Wirtschaft**

1132 Bonn ist eine Stadt mit dynamischer Wirtschaftsentwicklung. Dies darf nicht darüber hin-
1133 wegtäuschen, dass auch hier prekäre Beschäftigung ausgeweitet wurde, Menschen zu
1134 sehr geringen Löhnen arbeiten. Auch in Bonn werden so viele Menschen von der wirt-
1135 schaftlichen Entwicklung abgekoppelt, finden viele keine Arbeit zu würdigen Bedingun-
1136 gen. Die Stadt muss dem entgegenwirken. Dies beginnt mit der eigenen Personalpolitik
1137 und mit zusätzlicher Ausbildung bei Übernahmegarantien. Prekäre Beschäftigung für die
1138 Stadt darf es nicht mehr geben. Insbesondere Leih- und Zeitarbeit für die Kommune
1139 müssen konsequent zurückgefahren werden. Dies gilt auch für ungesicherte Werkverträ-
1140 ge. Tariftreue und soziale Mindeststandards sollen zwingende Voraussetzung für die
1141 Vergabe städtischer Aufträge sein.

1142 **Gute Arbeit für alle**

1143 Die Arbeitsverhältnisse bestimmen für die meisten Menschen nicht nur die existenziellen
1144 Grundlagen ihres Lebens, sondern auch viele weitere Bereiche ihres persönlichen und
1145 sozialen Umfelds: den Freundeskreis, Anregungen zur Weiterbildung und kulturelle Inte-
1146 ressen, aber auch den Umgang mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Ver-
1147 schleiß, psychischen Belastungen und zwischenmenschliche Konflikte. Fehlende Arbeit
1148 oder Arbeit im Niedriglohnsegment bedeutet materielle Einschränkung bis hin zur Notla-
1149 ge. Sie ist eine der Hauptgründe für Armut in einer reichen Gesellschaft.

1150 Die Linke setzt sich auf allen politischen Ebenen für einen armutsfesten Mindestlohn (ak-
1151 tuell 15 € pro Stunde) ein. Auch wenn der Mindestlohn nicht auf kommunaler Ebene ge-
1152 regelt wird, hat die Stadt Bonn dennoch als großer Arbeitgeber eine Vorbildfunktion.
1153 Deshalb hat die Stadt sowohl gegenüber den eigenen Beschäftigten als auch bei Mitar-
1154 beiter*innen externer Firmen die Verantwortung, angemessene Löhne zu zahlen. Wie
1155 das funktionieren kann, haben wir in den letzten Jahren bei der städtischen Musikschule
1156 vorgemacht, indem wir im Haushalt die Gelder bereitgestellt haben, um die Musikleh-
1157 rer*innen statt über Honorarverträge in sozial abgesicherten Festanstellungen beschäfti-
1158 gen zu können.

1159 Für diejenigen, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt keine Chancen haben, braucht es
1160 eine engagierte kommunale Arbeits- und Beschäftigungspolitik, die vor allem ernsthafte
1161 Um- und Weiterbildungsmaßnahmen beinhaltet. Hierbei ist unsere Vorstellung der Wie-
1162 dereinstieg in „gute Arbeit“. Das heißt: sinnvolle und menschengerechte Arbeit, von der
1163 man leben kann – unbefristet und in Vollzeit, wenn gewünscht. Die Zusammenarbeit mit
1164 der Arbeitsagentur z.B. im Bereich des Jobcenters soll kooperativ verlaufen. Auch be-
1165 steht die Möglichkeit, auf kommunaler Ebene gemeinwohlorientierte Jobangebote zu
1166 schaffen. Des Weiteren fordern wir die Rekommunalisierung zum Beispiel der städti-
1167 schen Gebäudereinigung, um Lohndumping in diesem Bereich zu beenden. Hierfür ha-
1168 ben wir in der vergangenen Ratsperiode an einigen Kitas und Schulen ein Pilotprojekt
1169 durchgesetzt, das erfolgreich verläuft und ausgeweitet werden muss. Generell positionie-
1170 ren wir uns gegen das Outsourcen von Arbeitsstellen auf kommunaler Ebene.

1171 **Wirtschaft**

1172 Linke Wirtschaftspolitik steht vor allem für gemeinwohlorientiertes Wirtschaften. Wachs-
1173 tum ist kein Wert an sich, sondern muss einerseits ökologisch mindestens verträglich
1174 sein, andererseits einen tatsächlichen gesellschaftlichen „Mehrwert“ bringen, in sozialer,
1175 kultureller oder emanzipativer Hinsicht. Daran muss sich auch die Förder- und Ansied-
1176 lungspolitik der Stadt ausrichten.

1177 Die aktuellen ökonomischen Entwicklungen in Deutschland zeichnen allerdings ein ande-
1178 res Bild. Viel kritische Infrastruktur wurde privatisiert, gleichzeitig sank die Zahl öffentli-
1179 cher Investitionen. Die Linke stellt sich klar gegen diesen Trend, auf Bundes- wie auch
1180 auf kommunaler Ebene. Für uns bedeutet dies zum Beispiel: keine Veräußerung öffentli-
1181 chen kommunalen Eigentums. Die Stadt muss hingegen Anreize für gemeinwohlorien-
1182 tierte und nachhaltige Wirtschaftsformen wie zum Beispiel Genossenschaften setzen,
1183 etwa bei der Grundstücksvergabe oder der Förderung.

1184 Als Kulturstadt mit langer Geschichte und altem Sitz der Bundesregierung ist Bonn für
1185 Tourismus und internationale Akteure attraktiv. Investitionen in Kultur und Infrastruktur
1186 sind daher sinnvoll, auch um diesen Status zu erhalten. Zugleich muss jedoch bedacht
1187 werden, dass die zu einseitige Ausrichtung auf Tourismus und traditionelle internationale
1188 Akteure und Organisationen auch negative Folgewirkungen auf die Stadt haben kann,
1189 etwa die Verdrängung von Einwohner*innen aus Bereichen der Stadt durch stark stei-
1190 gendes Preisniveau. Es gilt stets im Blick zu behalten, dass Bonn auch für Arbeitneh-
1191 mer*innen des Alltags attraktiv bleiben muss.

1192 Wir begrüßen, dass das Bonn-Berlin-Gesetz zumindest in Teilen weiterhin Bestand hat.
1193 Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass über die letzten 30 Jahre viele
1194 Funktionen und damit Stellen nach Berlin gewandert sind – und dies auch weiterhin der
1195 Fall sein wird. Es ist richtig, dass Bonn hier zukunftssträchtigere Vereinbarungen einfor-
1196 dert. Da es der Stadt wirtschaftlich vergleichsweise gut geht und Standortegoismus keine
1197 gerechte Perspektive sein kann, sollte sich Bonn allerdings mehr auf sich selbst besin-
1198 nen als öffentlich fordernd und reflexhaft aufzutreten.

1199 Wir fordern konkret:

- 1200 • keine prekäre Beschäftigung bei der Stadt: Sozial abgesicherte Beschäftigung und
1201 Festanstellungen statt Leih- und Zeitarbeit oder Werkverträge sorgen für gute
1202 Arbeitsverhältnisse für die städtischen Mitarbeiter*innen.
- 1203 • Fortsetzung und Ausweitung unseres Pilotprojekts, Schulen und Kitas wieder von
1204 städtischem Personal zu fairen Arbeitsbedingungen statt von privaten Firmen reinigen zu
1205 lassen.
- 1206 • Planungsrechtliche Gewerbe- oder Industriegebiete sollen nicht umgewandelt werden
1207 und wie in den letzten Jahren aus Ertragsgründen häufig geschehen in Büro- oder
1208 Einzelhandelsstandorte verwandelt werden.
- 1209 • Bei der Vergabe städtischer Gewerbegrundstücke ist die Ausrichtung und Zielstellung
1210 des Unternehmens zu berücksichtigen, soziale und Nachhaltigkeitsstandards müssen
1211 eingehalten werden. Standorterweiterungen beispielsweise von Rüstungszulieferern
1212 lehnen wir ab.
- 1213 • Regionale Zusammenschlüsse zur Wirtschafts- oder Strukturförderung müssen echte
1214 Effekte aufweisen und nicht nur der Selbstdarstellung und -beschäftigung dienen. Die
1215 Metropolregion Rheinland, Region Köln-Bonn und die Tourismus & Congress GmbH
1216 wollen wir daher verlassen, auflösen bzw. umstrukturieren.
- 1217 • Geschäftsleerstand in der Innenstadt (und den Bezirkszentren) soll durch eine
1218 kommunale Stelle/Agentur dafür genutzt werden, um zumindest temporär neuen, vor
1219 allem nichtkommerziellen Angeboten Räume zu Verfügung zu stellen

1220

1221 **11. Flucht und Migration**

1222 Die Linke Bonn steht für eine offene, gerechte und solidarische Kommune, in der alle
1223 Menschen, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion gemeinsam leben und das
1224 Leben der Anderen bereichern können. Wir wollen das gute Leben für alle Menschen in
1225 Bonn, egal, von wo sie zu uns gekommen sind. Klar ist: Niemand flieht freiwillig. Die
1226 wichtigsten Ursachen für Flucht sind Krieg, Bürgerkriege, Verfolgung aufgrund von Ge-
1227 schlecht oder Sexualität, ungerechte Handelsbeziehungen und daraus resultierende Ar-
1228 mut und die katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels im globalen Süden. An zu
1229 vielen dieser Ursachen ist Deutschland beteiligt oder verdient daran, wie an Waffenex-
1230 porten in Krisengebiete.

1231 Darum sagt Die Linke Bonn deutlich: Unsere Alternative heißt Solidarität. Wir lassen uns
1232 nicht von rechten Narrativen und rechter Spaltung treiben. Wir stellen uns sogenannten
1233 „Asylreformen“ wie GEAS entschlossen entgegen. Abschiebungen nach Syrien oder Af-
1234 ghanistan lehnen wir strikt ab. Wir wollen Fluchtursachen, nicht Geflüchtete bekämpfen.
1235 Wir wollen Austausch statt Abschottung.

1236 Bonn ist stolz darauf, Teil des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“ zu sein. Nach dem
1237 Beitritt 2019 ist allerdings zu wenig aktiv umgesetzt worden. Die Stadt soll sich aktiv bei
1238 Land und Bund dafür einsetzen, dass Bonn tatsächlich weitere Geflüchtete aufnehmen
1239 kann und sich nicht nach Verteilungsschlüsseln richten muss, die weder den Bedürfnis-
1240 sen von Geflüchteten noch den Möglichkeiten der Kommunen gerecht werden.

1241 Nachbarschaftliches Wohnen baut Barrieren und Ängste ab, dient dem Spracherwerb,
1242 dem aktiven kulturellen Austausch und beugt sozialer Ausgrenzung vor. Bei der Schaf-
1243 fung von Wohnmöglichkeiten für Geflüchtete und in der Stadtplanung ist hierauf beson-
1244 ders zu achten. Die Arbeitserlaubnis soll unabhängig vom Aufenthaltsstatus erteilt wer-
1245 den. Alle Menschen sollen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt erhalten, um Lohndumping
1246 und andere Formen der Ausbeutung zu verhindern. Wer einen Arbeitsvertrag hat, sollte
1247 sofort einen rechtssicheren Aufenthaltstitel erhalten. Sprache ist die Grundvorausset-
1248 zung zur gesellschaftlichen Teilhabe. Wir setzen uns für den Zugang Geflüchteter zu
1249 Sprach- und Alphabetisierungskursen – uneingeschränkt durch den individuellen Aufent-
1250 haltsstatus. Bonn soll diese Anliegen durch die Förderung von Ausbildungsträgern, die
1251 vom Jobcenter unabhängig sind, unterstützen.

1252 Die Linke Bonn lehnt die sogenannte „Bezahlkarte“ für geflüchtete Menschen ab. Alles,
1253 was die „Bezahlkarte“ tun wird, ist den Verwaltungsaufwand massiv zu erhöhen und
1254 gleichzeitig für eine Ausgrenzung von Geflüchteten zu sorgen, die das Gegenteil von
1255 Integration bewirken wird. Ebenso lehnt Die Linke Bonn Unterstützung von Geflüchteten
1256 ausschließlich in Sachmitteln ab.

1257 Besonders dankbar sind wir Organisationen in Bonn, wie der Flüchtlingshilfe Bonn, die
1258 sich tagtäglich vor Ort für Geflüchtete engagieren und dafür streiten, das Leben für Ge-
1259 flüchtete in unserer Stadt zu verbessern. Dabei kann man gar nicht genug betonen, wie
1260 wichtig lokale und wohnortnahe Projekte sind, um besonders auch Frauen und Mütter
1261 die Teilhabe zu ermöglichen.

1262 Wir fordern:

- 1263 • Fortgesetzte und stärkere Finanzierung von Projekten wie „Komm an“, um Integration
1264 und Teilhabe von Geflüchteten zu ermöglichen und Ehrenamtliche zu unterstützen.
- 1265 • Gezielte Unterstützung von geflüchteten Frauen* durch die Finanzierung von Projekten
1266 wie „Nina & Nour“ oder „Mama lernt Deutsch“.

- 1267 • Bessere Strukturen für die Kinderbetreuung von Geflüchteten, um besonders Frauen* die
1268 Möglichkeit zu geben, an Integrations- und Sprachkursen teilzunehmen, in denen Kinder
1269 oft genug nicht mitgenommen werden können/dürfen.
- 1270 • Ausbau des Resettlement-Programms der „save me Kampagne“ und verstärkte
1271 Bereitschaft, im Rahmen dieses Programms, Flüchtlinge aufzunehmen.
- 1272 • Bonn soll alle rechtlichen Spielräume nutzen, um Abschiebungen zu verhindern.
- 1273 • Unterbringung Geflüchteter in Not- und Massenunterkünften nur im absoluten Notfall und
1274 für maximal 6 Wochen. Wir brauchen guten und bezahlbaren Wohnraum für Alle, auch
1275 für geflüchtete Menschen.
- 1276 • Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus für menschenwürdige Unterkünfte
1277 gleichermaßen für Geflüchtete wie für eingesessene Bonner*innen.
- 1278 • Erhöhung des Betreuungsschlüssels durch städtisches Personal (Sozialarbeiter*innen
1279 etc.) für Geflüchtete.
- 1280 • Geflüchtete sollen vollen Zugang zur Gesundheitsversorgung haben. Die Arbeit des
1281 Vereins Anonymer Krankenschein muss dauerhaft gefördert werden, um auch Menschen
1282 ohne aufenthaltsrechtlichen Status diesen Zugang zu sichern.
- 1283 • Aufnahmen von aus Seenot geretteten Menschen im Rahmen des Bündnisses „Städte
1284 sicherer Häfen“.
- 1285 • Die sogenannten „Bezahlkarte“ für Geflüchtete lehnen wir ab.
- 1286

1287 **12. Bildung**

1288 Gute Bildung ist die Voraussetzung für soziale und politische Teilhabe. Die wichtigste
1289 Aufgabe der Bildungspolitik ist daher die schulische Inklusion und Integration zu fördern.
1290 Die Verwirklichung des Rechts auf Bildung als Menschenrecht ist ein Grundanliegen der
1291 Linken.

1292 Dabei ist die Kommune insbesondere für die Gebäude und die Ausstattung zuständig.
1293 Aber über die Finanzen entscheiden Bund und Länder. Statt den Kommunen die erforderlichen
1294 Mittel zur Verfügung zu stellen, haben die Parteien der angeblichen Schulden-
1295 bremsen in der Vergangenheit bei den heutigen Schulkindern Schulden gemacht, die im
1296 mangelhaften Zustand vieler Schulen auch in der Bundesstadt Bonn sichtbar werden.

1297 **Vorschulische Bildung – Kita**

1298 Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter und über drei Jahren
1299 muss durch einen zügigen Ausbau der Kindertagesstätten (KiTas) begleitet werden, um
1300 eine wohnortnahe Platzwahl in der gewünschten Betreuungsform sicherzustellen.
1301 Gleichzeitig ist die Qualität der Betreuung zu verbessern, was eine Aufstockung des
1302 (städtischen) Personals erfordern kann. Die Linke Bonn setzt sich für eine umfassende
1303 Bekämpfung der Kinderarmut ein, was auch den Ausbau und die Qualitätssteigerung der
1304 frühkindlichen Bildungseinrichtungen einschließt.

1305 Ein verbesserter Betreuungs- und Personalschlüssel ist essenziell für die Qualität der
1306 frühkindlichen Bildung. Allerdings ist diese Forderung nur realisierbar, wenn ausreichend
1307 qualifiziertes Personal zur Verfügung steht. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwir-
1308 ken, setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein:

- 1309 • Praxisintegrierte Ausbildung (PIA): Die praxisintegrierte Ausbildung ermöglicht es
1310 angehenden Erzieher*innen, parallel zur theoretischen Ausbildung praktische

1311 Erfahrungen zu sammeln und dabei eine Vergütung zu erhalten. Dies erhöht die
1312 Attraktivität des Berufsbildes und fördert den Berufseinstieg.

1313 • Attraktive Arbeitsbedingungen: Durch bessere Gehälter, flexiblere Arbeitszeitmodelle und
1314 kleinere Stellenanteile sollen mehr Fachkräfte für den Beruf gewonnen und langfristig
1315 gebunden werden.

1316 • Weiterbildungsprogramme: Gezielte Fort- und Weiterbildungsangebote erhöhen die
1317 Qualifikation des Personals und tragen zur Attraktivität des Berufs bei.

1318

1319 **Trägervielfalt und Förderung**

1320 Wir befürworten eine vielfältige Trägerlandschaft, die öffentliche Träger, kleine Elternini-
1321 tiativen sowie nichtkirchliche und interkulturelle Träger einschließt und fördert. Beson-
1322 ders öffentliche und alternative Trägerstrukturen sollten gefördert werden, um ein breites
1323 Angebot sicherzustellen. Kirchliche und große kapitalorientierte Träger aus der freien
1324 Wirtschaft verfügen häufig über eigene finanzielle Mittel und sollten daher nicht vorrangig
1325 städtisch gefördert werden, insbesondere wenn sie Kinder und Personal nach Kriterien
1326 wie Glaubensrichtung oder sexueller Orientierung auswählen. Die Stadt sollte das Recht
1327 haben, allen Kitas Kinder zuzuweisen, um Diskriminierung zu vermeiden und eine
1328 gleichmäßige Auslastung zu gewährleisten. Unternehmen, die sich in Bonn ansiedeln,
1329 sollten dazu angehalten werden, eigene Kitas zu gründen um mindestens den Bedarf
1330 ihrer eigenen Mitarbeiter*innen zu abzudecken. Zudem sind Hauswirtschaftskräfte in
1331 allen Kitas einzusetzen, damit Erzieher*innen sich auf ihre pädagogischen Aufgaben
1332 konzentrieren können.

1333 **Sprachförderung**

1334 Um allen Kindern gleiche Bildungschancen zu bieten, muss das Angebot vorschulischer
1335 Sprachförderung erweitert werden. Programme wie die "Sprach-Kitas" haben sich be-
1336 währt und sollten fortgeführt werden. Die frühzeitige Förderung der Sprachkompetenz ist
1337 entscheidend für den späteren Bildungserfolg.

1338 Forderungen der Linken Bonn:

1339 • Schneller Bau neuer Kindertagesstätten zur Deckung des Bedarfs.

1340 • Schrittweiser vollständiger Abbau der Gebühren für Kindertageseinrichtungen und die
1341 Offene Ganztagschule (OGS). Zuerst sollen Eltern mit niedrigen oder mittleren
1342 Einkommen weiter entlastet werden.

1343 • Mehr Ganztagsplätze für alle Kinder, deren Eltern dies wünschen.

1344 • Verbesserte Arbeitsbedingungen für KiTa-Personal

1345 • Verbesserter Betreuungsschlüssel

1346 • Ausreichende Personalreserven für krankheits- und urlaubsbedingte Ausfälle.

1347 • 100%ige Kostenübernahme bei Kitas von (kirchlichen) Trägern nur bei städtischem
1348 Besetzungsrecht

1349 • Trägervielfalt gewährleisten: Kleine, alternative und interkulturelle Träger müssen speziell
1350 gefördert werden

1351

1352

1353

1354 **Grundschule**

1355 Die Grundschule hat eine Schlüsselfunktion: allen Kindern mit verschiedensten Hinter-
1356 gründen aus KiTa oder Elternhaus erste allgemeine Kenntnisse und Fähigkeiten zu ver-
1357 mitteln, auf die weiterführenden Schulen vorzubereiten. Stärken und Schwächen müssen
1358 hier individuell erkannt und angegangen werden. Damit das gelingt, müssen die Rah-
1359 menbedingungen stimmen: Klassengrößen müssen sinnvoll begrenzt, Kapazitäten
1360 rechtzeitig und wohnortnah entwickelt und sozialräumliche Effekte bedacht werden. Das
1361 Startchancenprogramm von Bund und Ländern bietet zwar erstmals die Chance für be-
1362 sondern bedürftige Schulen, zusätzliche Mittel zu verwenden, bei einer genaueren Be-
1363 trachtung der Sozialindexe zeigt sich jedoch, dass etwa doppelt so viele Schulen dabei
1364 berücksichtigt werden müssten. Der Erhalt der Lernmittelfreiheit sowie ein kostenloses
1365 und gesundes Mittagessen für Kinder aus bedürftigen Familien ist für uns eine Selbst-
1366 verständlichkeit und muss auch dann mit kommunalen Mitteln dauerhaft gesichert wer-
1367 den, wenn die Landesmittel hierfür nicht zur Verfügung stehen sollten. Kinder aus Be-
1368 darfsgemeinschaften müssen in Form einer Erstausrüstung kostenlos mit Schulmitteln
1369 wie Schulranzen, Stiften, Malkasten, Büchern usw. versorgt werden. Die Schulsozialar-
1370 beit muss als ständiges Instrument auch mit kommunalen Mitteln dauerhaft erhalten und
1371 ausgeweitet werden.

1372 Die Kapazitäten der Offenen Ganztagschulen (OGS) sind in Bonn nach wie vor nicht
1373 ausreichend und können mit dem steigenden Bedarf nicht Schritt halten, obwohl ab 2026
1374 hierauf ein Rechtsanspruch kraft Bundesgesetz besteht. Wieder einmal ist der Bund hier
1375 der aus seiner Gesetzgebung folgenden Zahlungspflicht nicht gerecht geworden.

1376 Wir fordern konkret:

- 1377 • das Recht auf einen OGS-Platz, der auch qualitativen Mindeststandards genügen muss;
1378 den bedarfsgerechten Ausbau der OGS-Angebote im offenen Ganztage.
- 1379 • pädagogische Betreuung von Fachkräften. Förderpauschalen müssen so angepasst
1380 werden, dass den Trägern auch die Einstellung entsprechender Fachkräfte ermöglicht
1381 wird. Das schließt die regelmäßige Anpassung an Tariflohnveränderungen ein, wie es
1382 sonst auch im Bereich der Kernverwaltung selbstverständlich ist.
- 1383 • Mehr gebührenfreie städtische Grundschulen im gebundenen Ganztage, die einen
1384 anderen Lernalltag anbieten könnten. Denn die OGS hat aufgrund der zwei
1385 verschiedenen Träger und dem damit verbundenen doppelten Gebührenaufwand (Stadt
1386 und Jugendhilfeträger) auch Schwächen.
1387 Das Engagement der Stadt auch als Träger von Offenen Ganztagschulen.

1388

1389 **Weiterführende Schule**

1390 Das deutsche Bildungswesen ist hochgradig selektiv. Die soziale Herkunft eines Kindes
1391 entscheidet in hohem Maße über seine Zukunftschancen. Ungerecht ist die Selektions-
1392 praxis, weil die Chance eines Kindes aus einem Elternhaus mit höherem Bildungsab-
1393 schluss eine Gymnasialempfehlung zu bekommen, höher ist als die eines Arbei-
1394 ter*innenkindes mit gleicher Leistung. Die frühe Selektion trägt bereits zur Spaltung der
1395 Gesellschaft bei: Kinder aus sozialökonomisch besser gestellten Elternhäusern bleiben
1396 vorwiegend unter sich und haben mit den „unteren“ Schichten der Bevölkerung kaum
1397 mehr Umgang. Diese unfaire Selektion wird mit einer Leistungsideologie verschleiert.

1398 Die Linke fordert langfristig eine Schule für alle. Damit soll nicht nur die sozial ungerech-
1399 te Selektion verhindert, sondern auch ein Beitrag zum sozialen Zusammenhalt geleistet

1400 werden. Eine Binnendifferenzierung bietet allen Kindern und Jugendlichen gemäß ihren
1401 Neigungen und ihrer Lerngeschwindigkeiten eine individuelle Förderung, die sie benöti-
1402 gen, um ihre Fähigkeiten weiterzuentwickeln. Hierbei geht es um unterschiedliche Bega-
1403 bungen, Lernbedürfnisse und Interessen der Schüler*innen, die zu berücksichtigen sind.
1404 Wie viel Gewicht Bildung von der Politik in der Vergangenheit eingeräumt wurde, ist an
1405 den beklagenswerten Zuständen an den Bonner Schulen mit dem bloßen Auge ablesbar.
1406 Es ist die Aufgabe der Stadt, allen Kindern und Jugendlichen ein angemessenes Ler-
1407 numfeld zu garantieren. Doch Bund und Land schulden den Kommunen die dafür erfor-
1408 derlichen Mittel. Es darf nicht sein, dass Schulen aus Geldmangel gezwungen sind, auf
1409 Minijobber*innen, Ehrenamtliche und prekär Beschäftigte zurückzugreifen, um garantier-
1410 te Schulzeiten und ausreichende Betreuung zu realisieren.

1411 Wir fordern konkret:

- 1412 • eine Bildungspolitik, die das Bildungssystem nach den Neigungen und Fähigkeiten der
1413 Schüler*innen organisiert und nicht nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten und
1414 Mustern entscheidet. Solange die Landespolitik in NRW am selektiven Schulsystem
1415 festhält, müssen alle örtlichen Gestaltungsmöglichkeiten zu Gunsten inklusiver Schulen
1416 genutzt werden.
- 1417 • eine entsprechende Schulentwicklungsplanung in enger Abstimmung mit den
1418 umliegenden Gemeinden und dem Rhein-Sieg-Kreis. Wenn neue Wohnviertel geplant
1419 werden, ist auch das Angebot an weiterführenden Schulen zu berücksichtigen, hier
1420 sollten z.B. auch Oberstufenzentren mit eingeplant werden, etwa im Bundesviertel.
- 1421 • den Ausbau der Gesamtschulplätze, insbesondere im Bonner Westen;
- 1422 • eine Sekundarschule, die die Perspektive einer Schullaufbahn in einer benachbarten
1423 Oberstufe eines Gymnasiums eröffnet, könnte die Schulangebote zwischen den
1424 Sekundarstufen I und II ins Gleichgewicht bringen.
- 1425 • ein kostenfreies Mittagessen in den Schulmensen
- 1426 • die Fortentwicklung der Freizeiträume und Mensen an Bonner Ganztagschulen.
- 1427 • eine bedarfsgerechte Ausstattung an Bonner Schulen sowie eine kindgerechte
1428 Ausstattung der Schulhöfe, die ein reichhaltiges Angebot an Freizeit- und
1429 Spielmöglichkeiten bieten sollen.
- 1430 • mehr Stellen für Sozialpädagog*innen, um mehr Kompetenzen durch Fachpersonal aus
1431 Bereichen wie z.B. Psychologische Logopädie und Lerntherapie zu ermöglichen und das
1432 Lehrpersonal zu entlasten sowie die pädagogische Kompetenz an den Schulen
1433 insgesamt zu verbessern.
- 1434 • eine bessere Instandhaltung der sanitären Anlagen und einen dauerhaften
1435 Sanierungsplan, der für eine nachhaltige Verbesserung der Zustände sorgt
- 1436 • begleitende, zusätzliche Unterstützung in der Ausbildung zur Sicherung des
1437 Ausbildungserfolges und zielgruppenspezifische und differenzierte Maßnahmen zur
1438 Nachqualifizierung für Jugendliche mit Migrationshintergrund weiterhin fördern
- 1439 • weitere Förderung der Sensibilisierung von Ausbildungsbetrieben für die Chancen, die
1440 sich aus der Nutzung von vorhandenen Stärken und Kompetenzen von zugewanderten
1441 Jugendlichen ergeben, insbesondere im interkulturellen Bereich
- 1442 • längerfristige, solide finanzierte Förder- und Gestaltungsprojekte in verlässlicher
1443 Kontinuität, die sich die Verbesserung der Lebenslage von Jugendlichen in den
1444 Stadtteilen und ihrer beruflichen Qualifizierung zum Ziel setzen. Insbesondere öffentlich
1445 geförderte interkulturelle Projekte und Ansätze finden unsere Unterstützung (z.B.
1446 Ausbildung statt Abschiebung e.V.)

- 1447 • verbesserte Förderung von Deutsch als Fremdsprache an Schulen, die dies benötigen
1448 oder anbieten wollen.
- 1449 • mehr inklusive sexuelle und gendergerechte Aufklärung an den Schulen, um die
1450 Diversität der Lebensstile frühzeitig zu vermitteln und Akzeptanz zu fördern. Dazu gehört
1451 auch, die Gendersensibilität der Lehrer*innen zu schulen.

1452 **Universität**

1453 Über 31.000 Menschen studierten oder promovierten 2024 an der Universität Bonn. Der
1454 Studierendenzahl steht in der Realität aber eine oft veraltete Infrastruktur mit viel zu ge-
1455 ringen Kapazitäten, Sachmängeln und fehlendem Personal gegenüber. Deswegen muss
1456 auf kommunaler Ebene jede mögliche Verbesserung für die Hochschulen unterstützt und
1457 auf Landesebene mit der ganzen Stadt für weitere Verbesserungen eingetreten werden.
1458 Wir fordern konkret:

- 1459 • Bildung für alle. In Deutschland hängt der Bildungserfolg stark vom Wohlstand der Eltern
1460 ab. Diese Verhältnisse wollen wir ändern und lehnen daher jede Erhöhung der
1461 Semesterbeiträge ab.
- 1462 • günstigen Wohnraum für Studierende in Hochschulnähe. Das führt ebenfalls zu einer
1463 Entlastung des ÖPNVs und des Straßenverkehrs in Hochschulnähe.
- 1464 • mehr Betreuung von Kindern. Damit Studierende und Angestellte mit Kindern bessere
1465 Chancen erhalten, muss es mehr Betreuungsmöglichkeiten geben. Dafür brauchen wir
1466 deutlich mehr Plätze in Ganztags-Kitas und Krippen.
- 1467 • mehr Transparenz bei der Vergabe von Drittmitteln sowie ein Verbot von
1468 Rüstungsforschung an unseren Hochschulen.
- 1469 • gute Beschäftigungsverhältnisse und gerechte Bezahlung für Wissenschaftler*innen,
1470 Mitarbeiter*innen und Hilfskräfte. Diese Position muss auch die Stadt Bonn als Partnerin
1471 der Universität einnehmen.

1472

1473

1474 **13. Kultur**

1475 Was ist eigentlich Kultur? An der Beantwortung dieser Frage haben sich schon viele ver-
1476 sucht, teils wissenschaftlich, teils poetisch, teils prosaisch.

1477 Dabei ist es einfach: Kultur ist all das, was uns unmittelbar angeht und betrifft: also nicht nur
1478 Musik, Theater, Malerei, Literatur und Tanz, sondern auch Alltagskultur, wie z.B. Begeg-
1479 nungsmöglichkeiten an nichtkommerziellen Plätzen. Es ist vom „Dritten Ort“ die Rede, also
1480 einem Ort jenseits von Wohnung und Arbeit, von Erinnerungskultur, Debatten-, Feier- oder
1481 Fankultur und vielem mehr.

1482 Was darf Kultur nicht sein? Kultur darf kein weiches Ziel für Eateinsparungen sein, um den
1483 Stadthaushalt aus der Schlinge zu ziehen. Selbstverständlich muss auch bei der Kultur auf
1484 das Geld geschaut werden. Allerdings darf das nicht dazu führen, dass Strukturen zerstört
1485 werden, die oft unwiederbringlich sind.

1486 **Städtische Kulturimmobilien**

1487 Bei den kommunalen Kulturimmobilien, wie Oper, Schauspiel, Theaterliegenschaften,
1488 den Gebäuden der städtischen Musikschule oder dem Brückenforum gibt es einen riesi-
1489 gen Sanierungsstau. Dieser Stau ist nicht vom Himmel gefallen, Generationen von
1490 Ratsmehrheiten haben tatenlos zugesehen, wie die Gebäude langsam, aber sicher ver-

1491 fallen. Ohne energetische Sanierung kosten die Gebäude Unmengen an Energie und
1492 damit Geld. Die Sanierung der Kulturimmobilien muss jetzt angegangen werden, sonst
1493 wird es noch teurer, oder es bedeutet für das ein oder andere Haus sogar das Aus.

1494 Wichtig ist, dass der Prozess ergebnisoffen angegangen wird. Die Linke steht zur Oper
1495 und favorisiert ihre Sanierung. Sollten allerdings die prognostizierten Sanierungskosten
1496 in schwindelnde Höhen steigen, muss die Offenheit bestehen, auch grundsätzlich neu zu
1497 denken. Stichworte wären dann Abriss und die Errichtung eines Mehrspartenhauses. So
1498 oder so muss die Konzeption darauf ausgerichtet sein, das Operngebäude ganztägig zu
1499 bespielen. Das Gebäude sollte zukünftig nicht mehr die Hälfte des Tages leerstehen.
1500 Das Gebäude gehört den ganzen Tag genutzt: freie Theatergruppen, Tanz, Workshops,
1501 eine Kita ... Möglichkeiten gibt es viele.

1502 Die Kosten und der Zeitplan für die Sanierung der Beethovenhalle sind durch katastro-
1503 phale Planung und falsche Personalentscheidungen (nicht durch den Ratsbeschluss)
1504 völlig aus dem Ruder gelaufen. Durch neue Partner, die eine völlig andere Arbeits- und
1505 Planungsstruktur zugrunde legten, wird die Beethovenhalle in diesem Jahr fertiggestellt.
1506 Aber die Kosten bleiben bitter.

1507 **Städtische Musikschule**

1508 Nicht nur für die musikalische Bildung und Ausbildung sind öffentliche Musikschulen
1509 wichtig, auch für die Nachwuchsförderung sind sie unentbehrlich. Viele Schüler*innen,
1510 die in einer Musikschule angefangen haben, sind heute Mitglied in einem Orchester oder
1511 Solokünstler*innen.

1512 Im Gegensatz zu oft teuren Privatschulen bieten städtische Musikschulen auch Kindern
1513 aus weniger betuchten Haushalten die Möglichkeit, ein Instrument zu lernen. Eine Sanie-
1514 rung der Musikschule ist unabdingbar.

1515 Die Möglichkeit für eine ganze Reihe von Honorarkräften der Musikschule, in den TVÖD
1516 zu wechseln, war ein großer Erfolg der letzten Ratsperiode. Das sogenannte Herren-
1517 berg-Urteil, nachdem die Musikschulen keine Honorarkräfte mehr beschäftigen dürfen,
1518 sondern eine geregelte Festanstellung bieten müssen, ist einerseits arbeitspolitisch ein
1519 weiterer Erfolg, andererseits stellt er die Kommunen vor schwere finanziellen Aufgaben.
1520 Ein Herabsetzen des Angebotes wäre aber der falsche Weg. Die Linke wird sich dafür
1521 einsetzen, dass die Angebotsvielfalt erhalten bleibt. Außerdem plädieren wir dafür, einen
1522 Pool aus Musiklehrer*innen zu bilden, die schon in Rente sind, ihr Wissen und ihre Fä-
1523 higkeit aber gerne noch weitergeben wollen. So kann krankheitsbedingten Ausfällen oh-
1524 ne Unterrichtsverlust begegnet werden. Dieser Einsatz sollte mit einer Aufwandsent-
1525 schädigung belohnt werden.

1526 **Erinnerungskultur**

1527 Zur Erinnerungskultur gehören Institutionen, wie das Stadtmuseum, das Stadtarchiv, das
1528 NS-Dokumentationszentrum/Gedenkstätte, die Geschichtsvereine, aber auch die kriti-
1529 sche Auseinandersetzung mit Straßennamen (z.B. Hindenburgallee), runden Geburtsta-
1530 gen (z.B. Ernst Moritz Arndt), Sprache und Hinterlassenschaften der Kolonialzeit in Wort,
1531 Schrift und Bild. Die Linke setzt sich für alle Institutionen ein und unterstützt das „Forum
1532 Exilkultur“, das im Windeckbunker seine Bleibe finden soll. In diesem Forum soll nicht
1533 nur eine einzigartige Sammlung von rund 900 Exponaten Bildender Kunst in einer Dau-
1534 erausstellung gezeigt werden, sondern ebenfalls die Geschichte der Flucht- und (Arbeits-
1535) Migrationsbewegungen in Wechelausstellungen dargestellt werden. Das Forum will
1536 die Thematik aus den unterschiedlichsten Perspektiven beleuchten.

1537 Das an das Stadtmuseum angeschlossene Projekt „Aktive Erinnerungskultur“ hat einige
1538 wichtige Vorarbeiten zur Erinnerungskultur in Bonn geleistet. Es ist von daher nicht
1539 nachvollziehbar, dass die zugehörigen zwei Stellen wieder eingespart werden sollen. Die
1540 Linke wird sich dafür einsetzen, diese Stellen wiederzubesetzen, um die Arbeit fortführen
1541 zu können.

1542 Ein aus der Bürger*innenschaft beantragtes „Denkmal des unbekanntes Deserteurs“ für
1543 den Friedensplatz wird von der Linken unterstützt. Auch wenn die Frage der Finanzi-
1544 rung noch offen ist, so ist ein Denkmal für diejenigen, die sich in der Vergangenheit, aber
1545 auch in der Gegenwart dem Töten verweigern, gerade in der heutigen kriegerischen Zeit
1546 wichtig.

1547 **Dritte Orte**

1548 Dritte Orte sind Räume, die jenseits von Arbeit und Wohnen Begegnungs- und Aufent-
1549 haltsmöglichkeiten bieten. Dazu gehören Kulturinstitutionen, aber auch Plätze und Parks,
1550 auf und in denen Menschen sich unter freiem Himmel treffen und aufhalten können.

1551 Ein wichtiges Instrument, dass dies möglichst vielen, eigentlich allen Menschen in Bonn
1552 möglich ist, ist der Bonn-Ausweis und die damit verbundenen Ermäßigungen. Auf Initiati-
1553 ve der Linken wurde der Berechtigungskreis für den Bonn-Ausweis deutlich erweitert.
1554 Dies ist für die allgemeine, aber gerade auch für die kulturelle Teilhabe ein wichtiger
1555 Schritt.

1556 Wir haben in Bonn nicht mehr viele nichtkommerzielle öffentliche Plätze. Wie wichtig die-
1557 se Plätze aber für einen gemeinsamen öffentlichen Aufenthalt ohne Konsumzwang sind,
1558 zeigt z.B. der Frankenbadvorplatz inmitten der Bonner Altstadt deutlich. Die Linke wird
1559 sich gegen die Kommerzialisierung solcher Plätze wehren, denn sonst können nicht
1560 mehr alle teilhaben.

1561 **Freie Szene**

1562 Die freie Kulturszene in Bonn ist mehr als nur eine Ergänzung der institutionellen Kultur.
1563 Sie ist ein eigenständiger und nicht zu ersetzender Baustein in der gesamten Kulturland-
1564 schaft. Allerdings wird oft prekär gearbeitet, nicht selten ohne Planungssicherheit, aber
1565 mit viel ehrenamtlichen Engagement und vielen Stunden unbezahlter Arbeit. Es wäre
1566 mehr als angesagt, die institutionelle Förderung und die Projektförderung für die freie
1567 Szene zu erweitern. Die Haushaltssituation in Bonn ist bekannt. Deshalb wird Die Linke
1568 nicht versprechen, was sie nicht versprechen kann. Natürlich werden wir nach Wegen
1569 suchen, der freien Szene mehr Geld zukommen zu lassen. Sicher ist aber, dass jeder,
1570 der bei der freien Szene kürzen will, mit unserem Widerstand zu rechnen hat.

1571 **Alte VHS**

1572 Das selbstverwaltete Kulturzentrum „Alte VHS“ braucht dringend eine neue Bleibe.
1573 Nachdem der Verein Rhizom die leerstehende alte Volkshochschule am Rand der Bon-
1574 ner Altstadt angemietet hatte, entwickelte sich dort schnell ein gut besuchter Ort für Teile
1575 der freien Kulturszene. Auch politische Gruppen, die es schwer haben, geeignete Räume
1576 für ihre Treffen und Veranstaltungen zu finden, hatten in der alten VHS Platz. Leider war
1577 von Anfang an klar, dass es sich nur um eine Zwischennutzung handeln konnte, da an
1578 diesem Ort eine schon lange versprochene Kindertagesstätte eingerichtet werden soll.

1579 In einem alten Schulgebäude in Beuel wurden neue Räume gefunden, aber auch nur
1580 übergangsweise. Nun muss auch hier Schluss sein, weil die Stadt Neubauten plant. Die

1581 Linke wird sich dafür stark machen, eine neue und dann auch langfristige Lösung für
1582 einen nichtkommerziellen Ort der freien Kultur zu finden.

1583 **Kunst im öffentlichen Raum**

1584 Kunst im öffentlichen Raum ist in Politik und Stadtgesellschaft ein Dauerstreitthema. Weil
1585 die Stadt selbst kein Geld hat, um nach einem demokratischen Prozess Kunst für den
1586 öffentlich Raum selbstbestimmt anzuschaffen, tummeln sich angeblich uneigennützig
1587 Akteure auf diesem Feld. Das führt im Zweifelsfall schon einmal dazu, dass eine Plastik
1588 vor dem Haus eines „edlen“ Mäzens aufgestellt wird. In der Auseinandersetzung um die
1589 Cragg-Skulptur auf dem Remigiusplatz wurde sogar eine Bannmeile um Kunstobjekte
1590 gefordert, um die Objekte zu schützen. Die Linke sagt: Kunst im öffentlichen Raum muss
1591 schon was abkönnen, sonst gehört sie ins Museum! Eine Bannmeile würde den öffentli-
1592 chen Raum einengen, anstatt ihn mit Kunst zu beleben.

1593 Die Linke möchte einen Prozess forcieren, wonach ein Konzept erstellt wird, nachdem
1594 lokale oder regionale Künstler*innen ihre Kunst optional auch temporär zeigen können.
1595 Auch dies wird Geld kosten, denn Künstler*innen sollen nicht nur für die Kunst, sondern
1596 auch für ihren Lebensunterhalt arbeiten können.

1597 Wir fordern konkret:

- 1598 • Nachhaltige Sanierung städtischer Kulturimmobilien
- 1599 • Die Oper zum kulturellen Ganztagsbetrieb spartenübergreifend erweitern
- 1600 • Angebotsvielfalt der Musikschule erhalten
- 1601 • Stellen für die Erinnerungskultur wiederbesetzen
- 1602 • Ein Deserteurs-Denkmal auf dem Friedensplatz
- 1603 • Nichtkommerzielle öffentliche Plätze erhalten
- 1604 • Einen neuen und langfristigen Ort für die alte VHS
- 1605 • Mehr lokale und regionale Künstler*innen in den öffentlichen Raum

1606

1607 **14. Sport**

1608 Die knapp 400 Sportvereine in Bonn leisten einen zentralen Beitrag für Gesundheit, Teil-
1609 habe und Gemeinschaft. Vor allem zum gesellschaftlichen Miteinander und zum Abbau
1610 sozialer Barrieren kann ihre Arbeit beitragen. Förderung von Toleranz, Akzeptanz und
1611 Gewaltprävention sind für viele Bonner Sportvereine wichtige Ziele. Diese Ziele sind
1612 auch der Maßstab für unsere linke Sportpolitik.

1613 Aber auch der selbstorganisierte Sport außerhalb von Vereinen hat für viele Bon-
1614 ner*innen eine große Bedeutung. Ob beim Laufen durch die Rheinaue, dem Familienbe-
1615 such im Freibad oder dem gemeinsamen Einüben von Tricks auf dem Skateboard: Wenn
1616 die Stadt die nötige Infrastruktur und niedrigschwellige Angebote für sportliche Aktivitä-
1617 ten zur Verfügung stellen kann, erhöht dies die Lebensqualität vieler Menschen in Bonn.

1618 Bonn verfügt grundsätzlich über ein ordentliches Angebot kostenloser und niedrigschwel-
1619 liger Sportgelegenheiten. Auch frei zugängliche Sportgeräte gibt es auf dem Bonner
1620 Stadtgebiet. Gleichzeitig blickt Bonn aber auf einen riesigen Sanierungsstau der öffentli-
1621 chen Sportanlagen. Das städtische Gebäudemanagement (SGB) ist organisatorisch
1622 nicht in der Lage, die nötigen Sanierungen voranzutreiben. Dies führte in der Vergan-

1623 genheit z.B. im Fall der städtischen Turnhallen immer häufiger zu kurzfristigen Sperrun-
1624 gen mit negativen Auswirkungen auf den Schul- und Vereinssport. Für die städtischen
1625 Sportplätze ist in Anbetracht dessen auch eine effizientere Nutzung der Anlagen wichtig.
1626 Außerdem bedarf es hier zusätzlicher Pflegemaßnahmen, um eine langlebigere Nutz-
1627 barkeit sicherzustellen.

1628 Vor allem die Schwimmbäder sind vom jahrelangen Sanierungsstau betroffen, oft fallen
1629 hier Bäderzeiten ersatzlos weg. Obwohl die Sanierung des Frankenbads längst be-
1630 schlossen ist, verschleppt die Stadt den Beginn der Planungen. Das Melbbad kann seit
1631 über fünf Jahren nicht mehr genutzt werden, obwohl eine überwältigende Mehrheit in
1632 einem Bürgerentscheid den Erhalt als öffentliches Bad durchgesetzt hat.

1633 Dem bedauernden Zustand der Bonner Sportstätten und den negativen Auswirkungen
1634 auf den Schul- und Freizeitsport muss sich die Stadtverwaltung stellen – statt sich
1635 um Mega-Events wie Olympia oder sonstige nationale und internationale Meisterschaf-
1636 ten mit vermeintlicher Strahlkraft zu bemühen und den Belangen des Leistungs- und
1637 Spitzensports Vorrang einzuräumen. Kürzungen auf Kosten des Schul- und Freizeit-
1638 sports müssen vermieden werden.

1639 Wir fordern konkret:

- 1640 • Abbau des Sanierungsstaus und kein unnötiges Verschleppen von Sanierungen an
1641 städtischen Anlagen, Priorisierung unter der Maßgabe, den Wegfall von Nutzungszeiten
1642 zu vermeiden.
- 1643 • keine ersatzlosen Bäderschließungen, kein Raubbau an der Bonner Bäderlandschaft und
1644 sofortige Umsetzung der überfälligen Sanierung des Frankenbads als Schwimmbad und
1645 des Melbbad-Neubaus.
- 1646 • ermäßigte Sozialtarife für alle Menschen mit Bonn-Ausweis in allen Bonner
1647 Sportvereinen, die städtische Fördermittel beziehen.
- 1648 • Bestand öffentlicher Sportstätten sichern und erweitern: keine ersatzlosen Schließungen
1649 von städtischen Anlagen, öffentliche Nutzungszeiten erhalten, Bau neuer Sportstätten
1650 vorantreiben.
- 1651 • Erweiterung bestehender und Schaffung neuer Anlagen auch für den nicht
1652 vereinsgebundenen Freizeitsport, z.B. Bolzplätze, Skate- und BMX-Parcours, Spielplätze
1653 und Multifunktionsflächen. Auch städtische Sportanlagen, die vorrangig von Vereinen
1654 genutzt werden, müssen für die Öffentlichkeit sichtbar, zugänglich und nutzbar bleiben.
- 1655 • Nachhaltigkeit fördern: flächendeckender Umbau auf LED-Flutlichtanlagen,
1656 entsprechende Baumaßnahmen bei Vereinsgebäuden, Beratungsangebote für Vereine
1657 schaffen.
- 1658 • Pflege und Instandhaltung von Sportanlagen: regelmäßige Pflegemaßnahmen zum
1659 Beispiel von Kunstrasenplätzen, Hilfsangebote für Vereine.
- 1660 • Effizientere und transparentere Vergabe von Nutzungszeiten städtischer Anlagen für
1661 Vereine.

1662

1663 **15. Finanzen**

1664 Trotz Corona- und Ukraine-Krise ist es der Stadt in der vergangenen Wahlperiode ge-
1665 lungen, erstmals seit mehr als 10 Jahren den sog. Nothaushalt zu beenden und aus dem
1666 Haushaltssicherungskonzept von der Bezirksregierung entlassen zu werden. Auch
1667 schlossen die Haushalte in den Jahresabschlüssen stets erheblich besser und zum Teil

1668 mit Überschüssen ab, während in der Vorabplanung immer horrende Defizite erwartet
1669 wurden. Das wurde medial kaum transportiert und relativiert die Horrormeldungen über
1670 die städtische Haushaltslage teilweise. Zugleich unterstreicht dies, dass der kommunale
1671 Haushalt in großem Maße von externen Effekten gesteuert wird.

1672 Krisen oder wirtschaftliche Aufschwünge treffen die Kommunen und auch Bonn jeweils
1673 hart und in aller Regel ohne eigenes Verschulden, weshalb es grundfalsch wäre, auf kri-
1674 senbedingte Haushaltsdefizite mit einer Sparorgie zu reagieren. Einer verfehlten Steuer-
1675 politik im Bund und Land oder konjunkturellen Schwankungen sollte Bonn nicht hinter-
1676 hersparen. Zudem ist die hohe Verschuldung zwar nicht alleine, aber doch maßgeblich
1677 auf eine über Jahre und Jahrzehnte falsche Steuerpolitik zurückzuführen, die den Kom-
1678 munen im ganzen Land nicht die Mittel zur Verfügung stellte, die für echte kommunale
1679 Selbstverwaltung erforderlich wären. Deshalb braucht es endlich eine Altschuldenrege-
1680 lung, die die durch unzureichende Finanzmittel produzierte Anhäufung von Liquiditäts-
1681 krediten bei den Kommunen abbaut und in Verantwortung von Bund und Land überträgt.

1682 Auch Bonn muss derweil seine Hausaufgaben machen. Unrealistische Prestige- und
1683 Großprojekte lehnen wir ab und setzen uns für eine Konzentration auf das Wesentliche
1684 ein. Mit dem Abbau des Investitionsstaus bei der städtischen Infrastruktur ist die Stadt
1685 Bonn bereits mehr als ausgelastet und gefordert. Diesen Investitionsstau endlich anzu-
1686 gehen, macht auch mit Blick auf den Haushalt der Stadt Sinn, da unterlassene Investitio-
1687 nen nicht nur die Lebensqualität und Daseinsvorsorge beeinträchtigen, sondern mit der
1688 Zeit auch immer teurer werden.

1689 Einen ausgeglichenen Haushalt der Stadt streben wir als Linke nicht um jeden Preis an.
1690 Die „schwarze Null“ auf Kosten einer verfallenden Infrastruktur zu erreichen, leistet den
1691 kommenden Generationen einen Bärendienst. Unsere Stadtgesellschaft ist so vermö-
1692 gend, dass sie es sich bei einer gerechten Politik auf allen Ebenen leisten kann, Sozia-
1693 les, Kultur und Sport genauso auskömmlich zu finanzieren, wie die Investitionen in
1694 Nachhaltigkeit und Klimaneutralität und den entsprechenden Erhalt und Ausbau unserer
1695 Infrastruktur. Wir sagen auch klar: Kreditfinanzierte Investitionen sind nötig und generati-
1696 onengerecht, wenn sie soziale Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit Bonns sichern.

1697 Wir fordern konkret:

- 1698 • Priorität auf die Felder Soziales, Wohnen, Betreuung, Klimaschutz sowie Kultur, Sport
1699 und Verkehr.
- 1700 • Bei den kommunalen Steuern steht Die Linke dafür, das Wohnen nicht zu belasten.
1701 Daher haben wir durchgesetzt, dass bei der Grundsteuer B, die alle hier Wohnenden
1702 zahlen, differenzierte Hebesätze angewendet werden, so dass der Steuersatz für
1703 Wohnen deutlich niedriger liegt (und gesenkt wurde) als für Gewerbe. Wir stehen auch in
1704 Zukunft dafür, dass Wohnen in Bonn kein Privileg für Besserverdienende wird. Daran
1705 werden wir die Steuer- und auch die Gebührenpolitik der Stadt ausrichten.
- 1706 • Die Gewerbesteuer ist eine Unternehmensgewinnsteuer. Bei Finanzierungsbedarfen für
1707 Bonns Zukunft ist diese Steuer aus Gerechtigkeitsgründen für uns die erste Wahl und
1708 Erhöhungen grundsätzlich möglich. Sofern hierüber gewährleistet werden kann, dass vor
1709 allem die Konzernprüfung intensiviert wird, setzt sich Die Linke auch für mehr städtische
1710 Gewerbesteuerprüfer*innen und damit mehr Steuergerechtigkeit ein.
- 1711 • Streichung unnötiger externer Beraterkosten und folgenloser Dialogprojekte der Stadt.
1712 Die Aufgaben der Stadt sind zu groß und drängend, weshalb sie sich nicht in häufig
1713 teuren Gesprächskreisen ergebnislos zu verzetteln darf.
- 1714 • Die Linke steht für eine handlungsfähige Stadtverwaltung. Berechtigte Bedarfe für mehr
1715 Personal werden wir als Partei der Beschäftigteninteressen unterstützen. Maßstab hierfür

1716 ist der Grundsatz guter Arbeit und guter Arbeitsverhältnisse. Personalaufwüchse müssen
1717 zugleich auch für die Bürgerschaft zu besserer Verwaltungsqualität führen und spürbar
1718 werden. Das war in der Vergangenheit nicht immer der Fall, weshalb wir einen Kurs
1719 stetigen Personalaufwuchses bei der städtischen Verwaltung zumindest gedämpft haben.
1720 Auch zukünftig werden wir automatische Personalaufwüchse nicht mittragen und einer
1721 strengen Einzelfallprüfung unter den Gesichtspunkten der Beschäftigten- und der
1722 öffentlichen Interessen unterziehen.

1723 • Städtische Rücklagen und länger vorhandene Geldmittel sollen noch stärker nach
1724 ethischen und ökologischen Kriterien angelegt werden.

1725 • Bei den städtischen Beteiligungen steht Die Linke für maßvolle Gehälter der Vorstände
1726 und Geschäftsführungen. Mit Spitzenverdiensten aus dem Privatbereich müssen
1727 kommunale Unternehmen der Daseinsvorsorge nicht in einen Überbietungswettbewerb
1728 treten. Bonuszahlungen sollen auf das Erreichen anspruchsvoller und nachhaltiger
1729 Unternehmensziele ausgerichtet und begrenzt werden.

1730 • Die Linke steht für eine konsequente Politik der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit auf
1731 allen Ebenen ein und fordert damit nachdrücklich eine kommunale Finanzreform, die
1732 kommunaler Selbstverwaltung die finanziellen Spielräume verschafft, die nötig sind. Das
1733 umfasst vor allem auch eine Altschuldenübernahme von Bund und Land!

1734